ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 92 | Oktober 2000

Stop Police Brutality

Achtung

Zivi-bullen verpißt Euch

E-Schicht heißt jetzt P-Schicht

Zivile Schnüffler und Schlägerbullen lungern im Schanzenviertel

Weg mit der »Gruppe zur Präsenzverstärkung«

Sieg im Plakatkrieg!

inhalt

impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis Word 98 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!). Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

Zuerst ein Nachtrag zur letzten Ausgabe: Die Bilder auf dem Titel stammten aus einem Plakatwetbewerb, den die Kölner Gruppe von kein mensch ist illegal ausgeschrieben hatte.
Die Ergebnisse dieses Wettbewerbs, der die unmenschliche Abschiebepraxis in Deutschland thematisieren sollte sind in Form einer Ausstellung zu besichtigen, die im Internet unter der Adresse: www.stadtrevue.de/kmii/frame/pla00.htm Angeschaut werden kann. In der wirklichen Welt kann die Ausstellung bei Martin Rapp c/o kein mensch ist illegal Köln, 0221-97310313 / 2402452, Fax: 0221-97310321, e-mail: kmii-koeln@gmx.net auf 11 Tafeln bestellt werden.

In dieser Ausgabe drucken wir einen längeren Artikel aus dem Antifaschistischen Info-Blatt (Nr. 50, 2000) nach. Noch bevor Antifaschismus in diesem Sommer nach dem Bombenanschlag in Düsseldorf die Seiten der bürgerlichen Zeitungen erreichte, versuchten dort die HerausgeberInnen des AIB eine kritische Bestandsaufnahme antifaschistischer Politik der letzten 15 Jahre. An dieser Stelle rufen wir euch LeserInnen noch einmal dazu auf, uns für die nächste Ausgabe mit Diskussionspapieren zu Antifaschistischer Strategie und Praxis zu bombardieren.

Der Verlustierung unserer LeserInnen an den bald wieder länger werdenden Winterabenden mag der Auszug aus dem Buch »Vabanque« dienen, in dem buntes Team aus TheoretikerInnen und PraktikerInnen eine veritable Volkskunde des Bankraubes zusammengetragen hat.

Doris Hammerich

Gestorben am 10.9.2000

Tschüß Doris, Du bleibst in unseren Herzen.
Die, die dich lieb haben.

Alle Freundinnen und Freunde treffen sich zum Abschiedsfest
15.10.2000 um 18.00 Uhr
in der Roten Flora

kurzmeldungen

1:0! – Mit Dreierkette offensiv druckvolles Spiel gegen P-Schicht

Mit einer Einstellung endete das Verfahren gegen drei Genossen, die wegen angeblichen Landfriedensbruch und Widerstands vor dem Amtsgericht angeklagt waren. Am ersten Verhandlungstag trat der Hauptbelastungszeuge und P-Schicht-Führer Thomas Dötter als Zeuge auf. So diffus und bizarr seine konkrete Belastungen der Angeklagten war, so deutlich wurde durch seine Aussagen die Rolle der P-Schicht im Schanzenviertel. Unter dem Deckmantel der polizeilichen Gefahrenabwehr ist sie eine außerhalb rechtlicher Bestimmung operierende Geheimpolizei. Eine wesentliche Arbeit der P-Schicht liegt in der akribischen Dokumentation von Plakaten, Transparenten, wobei nicht nur die Flora, sondern auch aus Privatwohnung herausgehängte Transparente im Visier der P-Schicht sind. Zugleich kam im Prozeß heraus, daß sogar bei Nazidemos in Bergedorf die P-Schicht ihr nach eigenen Worten "Klientel" systematisch observiert, wenn sie sich in der gut 20 km entfernten Flora aufhalten. Bekämpfung von sogenannter "politisch motivierten Gewalt" nannte das Dötter im Prozeß! Und ein Hauptaugenmerk liegt in der systematischen Bespitzelung von Flora-NutzerInnen. Nach dem Motto "Wer die Flora besucht, ist GewalttäterIn" rechtfertigt die P-Schicht ihre Aktivitäten rund um das Projekt.
Diesen verschwörungstheoretischen Phantasien mochte im Prozeß die Amtsrichterin nicht folgen, sie konnte den von Dötter und Konsorten entworfenen Schreckensszenarien zum Aktionstag 1999 keinen Glauben schenken und schlug daher zum Beginn des zweiten Verhandlungstags eine Einstellung des Verfahrens vor. Der P-Schicht-Bulle Lothar Strauch kommentierte den Ausgang des Verfahrens gegenüber einem Angeklagten auf dem Gerichtsflur danach dreist mit den Worten "Neues Spiel, neues Glück.". Also, Fortsetzung folgt...!?

Das Aus von Anares-Nord?

Dem libertären Buchvertrieb, der im Kontext sozialer Bewegungen entstanden ist droht das Aus. Wenn es nicht gelingt bis zum 30. September 30000 DM aufzutun muß der Vertrieb eingestellt werden. Die Summe klingt zwar gigantisch hoch, das lässt sich jedoch auch relativieren: 30 Menschen aus der linken Szene die etwas Geld übrig haben stellen je 1000 bis 2000 DM als Einlage oder Spende zur Verfügung. Das müssen ja auch nicht unbedingt Einzelpersonen, sondern könnten auch Projekte, Kollektive e.c.t sein. So oder so: Hilfe tut Not und welcheR mithilft, bekommt seine/ihre Bücher künftig portofrei. Wer nähere Infos will wendet sich an:Anares-Nord, Postfach 1247, 31305 Uetzen; e-Mail: anares-nord@gmx.de; web: www.anares.org/de/
Und im Übrigen gilt: Kleinvieh macht auch Mist.

Gegen Buch Masse

Auch dieses Jahr wird die Frankfurter Buchmesse wieder tonnenweise Papier präsentieren. Ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen aus Frankfurt will in diesem Zusammenhang linken AutorInnen und Verlagen ein Forum für kritische Gedanken bieten. Es werden 10 Buchvorstellungen geboten. Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist kostenlos, Spenden sind, na klar, immer erwünscht. Auf eine Veranstaltung sei hingewiesen: Bankraub : Buch und Party; Buchvorstellung: Klaus Schönberger (Hg.), Va Banque! Bankraub. Theorie. Praxis. Geschichte (Videofilm, Vortrag, CD-Präsentation, Praxis-Anleitung), anschließen Party. Ort: rotari, Berliner Str. 50-52, Offenbach/M.; Datum: Samstag, 21.10., 20 Uhr

Anti-Expo-Broschüre ist fertig

Die verprochene Broschüre ist nun mit etwas Verspätung endlich fertig. Aktuell ist sie aber nach wie vor und behandelt in mehreren Kapiteln einzelne Staaten exemplarisch. Die Artikel stammen von: Mexico: Gruppe Basta aus Münster; Nigeria und Kamerun: The Voice Africa Forum/Jena; Türkei: Gruppe Mücadele/Berlin; Nepal/Indien: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen/Inhured; Kolumbien: Raul Zelik/BRD; Internationaler AntiExpo2000 Kontakt/München. Die Broschüre kann gegen 5DM +Versandkosten in Briefmarken bestellt werden unter: Internationaler AntiExpo2000 Kontakt, c/o Infoladen, Breisacherstr.12, 81667 München; e-Mail: antiexpo2000-de@gmx.de; web: www.freespeech.org/antiexpo2000

Freigänger Schill

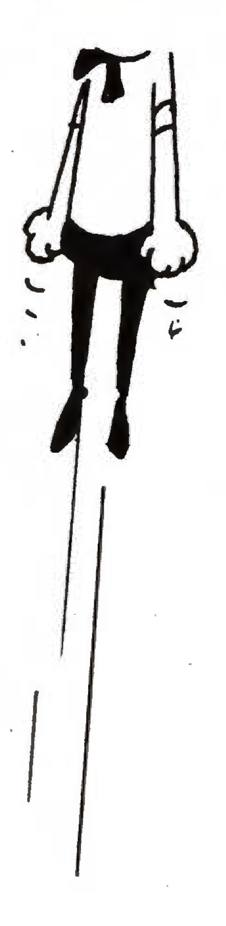
Resozialisierung in der Bürgerschaft?

Die Inszenierung wird ihm nicht passen und er hält sich in seiner eigenen Rolle für eine glatte Fehlbesetzung: die Rede ist von Ronald Schill, suspendierter Amtsrichter und seit dem 18. September vor der 3.Strafkammer des Hamburger Landgerichts angeklagt wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung. Wie schon vor dem Prozeß bot der Angeklagte Schill nach den ersten Verhandlungstagen Wetten auf seinen Freispruch an. Was da selbstsicher zur Schau getragene Siegesgewißheit demonstrieren sollte, ist mittlerweile nur Trotz. Der surfende Jurist



und Haiderverschnitt mußte nach dem dritten Verhandlungstag zum ersten Mal zur Kenntnis nehmen, daß eine Verurteilung wegen der ihm vorgeworfenen Delikte nicht mehr außerhalb jeder Möglichkeit steht. Und je deutlich er diese Perspektive realisiert, desto mehr nähert er sich in seiner Rhetorik jenen an, die er so gerne selbst im Gefängnis sieht. Plötzlich ist von »Konstrukten« gegen ihn die Rede, wird über eine »politische Justiz« lamentiert, auf die »höchste politische Kreise« Einfluß nehmen würden. Es ist nicht ohne Komik, daß Schill sich als Opfer einer bürgerlichen Klassenjustiz inszeniert, die er bis vor kurzem selbst prototypisch repräsentierte. Zumal gerade die politischen Ambitionen Schills und die Programmatik seiner neuen Partei lediglich das inhaltliche Substrat seiner bisherigen Urteilsbegründungen darstellt.

Die Anklage gegen Schill - wie ein Kartenhaus ist sie bis jetzt nicht in sich zusammengestürzt. Zur Erinnerung: letztes Jahr im Mai werden zwei Zuschauer eines Schill-Prozeßes wegen angeblich ungebührlichen Verhaltens zu drei Tagen Ordnungshaft verknackt. Obwohl bereits nach einer Stunde eine anwaltliche Beschwerde dagegen vorlag, brauchte Schill 52 Stunden, um diese Beschwerde zu seinem Hauptverhandlungsprotokoll zu heften und diesen Stapel dem Beschwerdegericht über seine Geschäftsstelle zukommen zulassen. Er mußte noch nicht einmal irgendeine schriftliche Stellungnahme zu dieser Beschwerde verfassen oder sonst irgend etwas tun, was ein Berufsrichter nicht in maximal 30 Minuten schaffen könnte. Gegenüber anderen RichterInnen behauptete Schill, er könne die Beschwerde nicht bearbeiten, da die zuständige Protokollantin aus der Sitzung nicht da sei. Die wiederum hat aber tatsächlich einen halben Tag auf Schill gewartet und nachdem die Formalia erledigt waren, wies Schill sie an, die Beschwerde nicht weiterzuleiten, sondern sie in sein Fach zu legen; er würde sich selbst darum kümmern. Hat er ja auch auf seine Art...



Im Zusammenhang mit dem Prozeß kündigte Schill durch seinen Anwalt an, er werde Zeugen benennen, die ihn entlasten werden. Die sollte er schleunigst auftreten lassen, denn bisher ist Richter Gnadenlos mehrheitlich belastet worden. Zwei Journalisten bestätigten, daß Schill ihnen gegenüber deutlich zu verstehen gegeben habe, daß er die Ordnungshaft durch Nichtbearbeitung vollstrecken wolle. Eine Staatsanwältin bescheinigt Schill, daß er schon die Verhängung der Ordnungshaft geradezu provoziert habe. Eine Oberstaatsanwältin gibt zu Protokoll, daß sie klar den Eindruck hatte, daß Schill den Inhaftierten rechtsstaatliche Grundrechte vorenthalten wollte. Im für Schill bis jetzt günstigsten Falle mochten sich Richterkollegen einfach nicht mehr genau erinnern, ob er eigenmächtig das Recht in die Hand genommen hat. Alle scheinen es ihm aber zuzutrauen, denn bisher ist niemand aufgetreten, der diese Möglichkeit bedingungslos ausgeschlossen hätte und für den angeklagten Richterkollegen in die Bresche gesprungen wäre.

Allein die Mehrzahl der bürgerlichen Presse hält bis jetzt dem Angeklagten den Rücken frei. Egal wie belastend einzelne ZeugInnen für Schill sind, in den Springerzeitungen erhält sein Anwalt Wellinghaus großen Raum, sich über die Haltlosigkeit der Anklage zu verbreiten. Augenscheinlich besteht die Taktik Schills und seines Verteidigers darin, den Prozeß nicht mit juristischen Mitteln im Gerichtssaal zu gewinnen, sondern die Schrebergarten-Proschill-Bildfraktion zu mobilisieren und durch den öffentlichen Druck eine Verurteilung zu verhindern. Noch spekuliert die Mehrzahl der Presse darauf, daß ein »Märtyrer Ronald Schill« sich besser verkaufen läßt als das Bild eines Kriminellen in Richterrobe.

Das zuständige Gericht hält sich bisher im Hinblick auf den Ausgang des Verfahrens alle Möglichkeiten offen. Juristisch wird sich eine Verurteilung an der Frage entscheiden, ob Schill ein Vorsatz nachzuweisen sein wird - da bekanntermaßen diese »subjektive Tatseite« unter politischen Vorzeichen bewertet wird, dürfte die Abwägung unter der Frage stehen, ob ein immer noch möglicher Freispruch Schills ihn politisch für den Wahlkampf 2001 nicht stärken würde. Andererseits würde Schill gegen einen Schuldspruch ohnehin bis zum BGH durchklagen, das würde sich bis zu einem rechtskräftigen Schuldspruch einige Zeit hinziehen. Und da selbstverständlich Schill laut dröhnend die Unschuldsvermutung für sich reklamieren wird, müßte ihn ein laufendes Verfahren nicht an einem erfolgreichen Einzug in die Bürgerschaft hindern.

Zur Not kann Schill im Falle einer Verurteilung als Freigänger an den Bürgerschaftssitzungen teilnehmen, die Fraktionssitzungen der P.R.O. könnten dann im Santa-Fu-Knast stattfinden. Da gehören sie sowieso hin.

Der Kontaktbereichsautonome

Warnung vor einer möglichen BKA-Aktion in Hamburg!

Wir wollen mit diesem Flugblatt den ungewöhnlichen Versuch unternehmen, im Vorfeld einer möglich drohenden Kriminalisierung eine öffentliche Warnung in Umlauf zu bringen. Wir sind uns sehr unsicher, ob dies der richtige Weg ist, sehen aber zur Zeit keine andere Möglichkeit.

Es gibt ernstzunehmende Hinweise/Informationen, daß das BKA für Montag, den 25.September eine Durchsuchungsaktion in Hamburg vorbereitet, deren hauptsächliches Ziel die Rote Flora sein soll.

Wir gehen davon aus, daß die Gefahr besteht, daß eine solche Aktion sich nicht ausschließlich auf die Flora beschränkt, sondern auch z.B. Privatwohnungen Ziel dieser BKA-Aktion werden könnten. Daher haben wir uns auch für eine Veröffentlichung dieser Information entschieden. Wir sind uns im klaren, daß eine solche Veröffentlichung Raum für Gerüchte, wilde Spekulationen und »Panik« eröffnen kann. Das ist selbstverständlich nicht unser Ziel und wir erwarten daher einen verantwortungsvollen Umgang mit diesem Flugblatt.

Wir können keine endgültige Einschätzung über den Wahrheitsgehalt dieser Hinweise abgeben. Da wir jedoch keine Möglichkeiten haben, dies zu diesem Zeitpunkt in die eine oder andere Richtung abschließend zu klären, sehen wir es in unserer Verantwortung, Anderen die Chance zu geben, mit diesen Hinweisen einen eigenen Umgang zu finden.

Wir sind an diese Information in einer Form gelangt, die diese für uns relevant erscheinen läßt. Aus verständlichen Gründen können wir über die konkreten Umstände nichts weiter schreiben, auch wenn wir das selbst unbefriedigend finden.

Daß wir diese Info ernstnehmen, hängt damit zusammen, daß es seit einiger Zeit Anzeichen für eine bevorstehende Kriminalisierung in größerem Umfang gibt. Diese »Anzeichen« haben uns unabhängig von der neuen Information zu der Einschätzung geführt, daß es polizeiliche Bestrebungen gibt, verschiedene militante Interventionen zu Themenkomplexen autonomer Politik in Hamburg (u.a. Rassismus und Ausgrenzung) im Rahmen eines Repressionsschlags zusammenzuführen. Das würde ein bekanntes Szenario wiederholen: Es wird eine »Vereinigung« (§129/129a) konstruiert, die unter einen bestimmten Themenkomplex gestellt wird und der dann unterschiedliche Aktionen zugeschrieben werden. Im Ergebnis finden sich in solchen »Vereinigungen« willkürlich zusammengesetzte Personenkonstellationen wieder. Diesen Ablauf kennen wir z.B. aus Passau, aus Göttingen oder von der Anti-Castor-Kriminalisierung.

Die Willkür der Ermittlungen und der daraus aufgebauten Konstrukte macht es schwierig, sich dagegen verläßlich zu schützen. Es gibt allerdings sehr wohl eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen, die getroffen werden können, um möglichst wenig Ansatzpunkte für eine Kriminalisierung zu liefern (wir verweisen hier auf die einschlägigen Antirepressionsbroschüren und nennen an dieser Stelle nur das Stichwort: »Wohnung aufräumen...«)

Abschließend wollen wir noch einmal darauf hinweisen, daß wir uns mit dieser Veröffentlichung schwer getan haben. Wir können es nicht ausschließen, mit diesem Text eine falsche Information in Umlauf zu bringen und damit möglicherweise unnötige Aufregung zu stiften. In der Abwägung mit dem Risiko, eventuell eine richtige Information zurückzuhalten, haben wir uns dennoch für eine Veröffentlichung entschieden. Die Kürze der Zeit ließ allerdings wenig Spielraum für eine ausführliche Einschätzung, ob unser Vorgehen richtig ist.

Abschließend feststellen, ob unsere Informationen stimmen, läßt sich leider nur, wenn am Montag tatsächlich Durchsuchungen in Hamburg stattfinden. Sollte dies nicht der Fall sein, gibt es dafür verschiedene Erklärungen: Die Info ist ganz bzw. teiweise (Datum) falsch oder die Aktion wurde aufgrund dieses Flugblatts verschoben.

In jedem Fall ist es wichtig, locker zu bleiben, einen kühlen Kopf zu bewahren und nicht in hektische - und dann auch wieder auffällige - Aktivitäten auszubrechen, Flugblätter auf dem Balkon zu verbrennen und nervöse Treffen von Kleingruppen auf dunklen Parkbänken zu verabreden.

Uns geht es darum, Aufmerksamkeit zu schaffen und allen einen bewußten Umgang mit den genannten Informationen zu ermöglichen.

Da wir mit diesem Flugblatt keinen Stoff für Partygespräche am Wochenende liefern wollen, sei noch einmal deutlich darauf hingewiesen:

Keine Spekulationen, wer wann wie mit wem welche Geschichte wo am laufen hatte! Keine Gerüchte über den Ursprung irgendwelcher Informationen!

Kein unnötiges Gequatsche - Anna und Arthur halten`s Maul!

Die Bersorgten, 21.9.00



P.S.: Das besagte Datum ist mittlerweile verstrichen und bis dato ist nichts weiter passiert. Wir würden es aber auf jedenfall für falsch halten, deshalb Entwarnung zu geben, zu den Gründen s.o. Also seid weiterhin wachsam und unterlaßt unnötiges Gequatsche und Spekulieren! *Die Red.*

IWF-Tagung vorzeitig beendet

Eine Chronologie der Ereignisse beim Protest gegen das IWF/Weltbanktreffen in Prag am 26. & 27. September

Während die Berichterstattung über den Protest gegen die IWF-Tagung in Prag in den bürgerlichen Medien einen breiten Raum einnahm, waren aussagekräftige Berichte »von unten« zum Zeitpunkt der Produktion dieser Ausgabe nicht zu finden. Deshalb können wir leider nur einen Zusammenschnitt autonomer »Kriegsberichterstattung« präsentieren sowie einen Bericht des Prager EAs zu Misshandlungen in den Prager Knästen, dessen nationale Zuschreibungen allerdings wohl mit Vorsicht zu genießen sind Vielleicht findet sich ja jemand, die oder der für die nächste Nummer etwas inhaltsreicher von den Protesten in Prag berichtet. *die red.*

26.7.

16:30 Alle U-Bahnen-Stationen geschlossen

17:10 Die Polizeiabsperrungen werden an mehreren Stellen durchbrochen. 500 DemonstrantInnen direkt vor dem Kongresszentrum.

17:14 PKWs werden umgeschmissen und als Barrikaden benutzt. Die Polizei ist auf dem Rückzug, Polizeihunde werden eingesetzt. DemonstrantInnen jetzt auch vor dem Osteingang des Kongresszentrums.

17:30 Schlimme Prügelorgien rund um das Kongresszentrum.

17:52 Sektion »Rosa« (hauptsächlich Deutsche, Spanier, Franzosen und US-Amerikaner) haben von hinten an das Kongresszentrum erreicht. Das Kongresszentrum scheint von DemonstrantInnen eingeschlossen zu sein.

17:52 Am Ende einer der Zufahrtsbrücken haben sich mehrere hundert Leute aus Griechenland einem Block von TürkInnen angeschlossen und versuchen die Polizeisperren zu durchbrechen.

18:01 Telefonische Bestätigung an IndyMedia Center (IMC) Radio, dass an mehreren Stellen die Polizeisperren durchbrochen wurden und Teile des Kongresszentrums in der Hand der DemonstrantInnen sind.

18:17 Schwere Angriffe der Polizei auf die Sektionen »Rosa« und »Blau«, denen es gelungen ist, auf das Gelände des Kongresszentrums vorzudringen. Als nur noch eine Treppe die DemonstrantInnen von den IWF-Delegierten trennt, greift die Polizei an. An anderer Stelle startet die von einer der Brücken vertriebene Polizei einen Gegenangriff. Der Reporter von Indymedia mußte seinen Bericht abbrechen, weil er von den Bullen angegriffen wurde.

18:43 Sektion »Blau« bekommt Zulauf. Die DemonstrantInnen versuchen auf dem Gelände des Kongresszentrums die Schienen des Bahnhofs, von dem aus die IWF-Delegierten an- und abreisen, zu besetzen. Der Polizei gelingt es allerdings, dieses zu verhindern.

18:46 Massenfestnahme von 30 Leuten in Kvetna Strasse während der Blockade des Kongresszentrums.

19:30 Die IWF-GegnerInnen ziehen sich vom Kongresszentrum zurück, nachdem die IWF-Delegierten über die Metro, die nicht besetzt werden konnte, aus dem Zentrum wegkommen. Das Ziel der DemonstrantInnen: die Oper. Der Ya Basta-Block hält weiterhin die Zufahrtsbrücke zum Kongresszentrum besetzt.

19:40 Die IWF-Delegierten gehen zur Oper, wo eine große Gala für sie stattfinden soll. Das Gelände um die Oper ist aber schon fest in der Hand von 3.000 DemonstrantInnen, die Strassensperren errichten, um der völlig überraschten Polizei und dem IWF-Gesindel den Zutritt zu verwehren.

19:50 Die Operngala wird offiziell aufgrund »unvorhergesehner Umstände« abgesagt!

20:03 Die Scheiben einiger Metrostationen gehen zu Bruch, nachdem bekanntwurde, dass die Vollsperrungen aller Metrostationen am Nachmittag dazu diente, das IWF-Pack unbehelligt durch die Stadt transportieren zu können.

20:07 McDonalds am der Metrostation Muzeum geht zu Bruch.

20:55 Die Polizei beschießt eine Gruppe von DemonstrantInnen am Museum mit Tränengas.

21:15 Nach einem schweren Tränengasbombardement versuchen 1.000 Bullen den Platz um die Metrostation »Muzeum« zu stürmen.

21:47 Ein Reporter aus dem Kongresszentrum berichtet, dass Weltbankchef Wolfsohn das Kongresszentrum in einer abgewrackten U-Bahn verlassen mußte. Nicht eben standesgemäss für einen solchen Herren.

22:14 Es gibt Berichte über mehr als 500 Festnahmen in der letzten Stunde

22:55 Trotz Verhaftungen sind noch tausende in den Straßen. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei gehen unvermindert weiter.

27.9.

09:00 Festnahme bei der Blockade des Hilton-Hotels. Die Polizei geht außerordentlich brutal vor.

10:00 460 Festnahmen im Laufe der Nacht. Massive Deportationen, besonders nach Deutschland. Den Festgenommen wurden Rechtsanwälte und Anrufe verweigert.

10:10 Die Polizei fordert die Schließung des Convergence Center (Gegenkongress) binnen zwei Stunden. Angeblich will sie dort Leute beim Bauen von Mollis gesehen haben. Der Koordinator des Convergence Centers wird verhaftet.

12:15 DemonstrantInnen planen vom Namisti Miru Platz zu den Gefägnissen zu ziehen. Den Gefangenen wird immer noch das Telefonieren verweigert.

12:41 Die Polizei hat Namisti Miru abgesperrt.

12:41 Die Jugoslavska Strasse, auf der sich das Büro der Peoples Global Action befindet (PGA), ist von der Polizei gesperrt worden.

13:14 Die Polizei erlaubt den Abzug der DemonstrantInnen vom Namisti Miru. Beim Verlassen des Platzes werden sie von starken Polizeikordons mit chemischen Waffen auf beiden Seiten eingekreist. Der Presse wird weiterhin der Zugang verboten.

13:39 Bericht aus dem Knast über ein reingeschmuggeltes Handy. Die Gefangenen sind nach Geschlechtern getrennt. Während die männlichen Gefangenen nicht geschlagen wurden, soll die Gruppe der Frauen von der Polizei geschlagen und sexuell belästigt worden sein.

13:47 Die Polizei teilt mit, dass das Convergence Center bis 00.00 vollständig geräumt sein muss. Die Fristverlängerung kam nur aufgrund von massiver Presseanwesenheit zustande. Angeblich sei die Polizei im Auftrag des Vermieters da. Der wußte allerdings auf Rückfrage von gar nichts. Tut aber nichts zur Sache. Die Polizei versucht offensichtlich alle Versammlungsräume der IWF-GegnerInnen zu schließen.

14:01 500 Leute ziehen nordwestlich von

Namisti Miru durch sie Stadt, eingekesselt von der Polizei. Ziel des Marsches ist die Erkundung der Lage der Gefangenen. Es wird über eine Auflösung unter der Bedingung verhandelt, dass man vier Beobachter in den Knast schicken kann und dass keine Personalien festgestellt werden.

14:19 DemonstrantInnen die mit Bussen deportiert wurden, berichten das sie von den Bullen in den Bussen verprügelt wurden.

14:21 Der Marsch zum Knast, der aus rund 1000 DemonstrantInnen bestehen soll, wird weiterhin von der Polizei eingekesselt. Niemand darf den Wanderkessel ohne Personalienfeststellung verlassen. Es wird diskutiert, wie weiter vorgegangen werden soll.

14:47 IMC zufolge sind 7 Festgenommene aus dem Knast freigelassen worden. Sie berichten, dass sie geschlagen wurden und über 20 Stunden lang gefesselt waren.

17:23 Berichte bestätigen sich, wonach eine Gruppe von 25 inhaftierten Frauen von der Polizei geschlagen und sexuell belästigt wurde. Amnesty International, NOW und Frauenrechtsorganisationen wurden informiert und sollen Druck auf die tschechische Regierung ausüben.

18:05 IMC erhält einen Bericht, wonach das Treffen des IWF am morgigen Donnerstag abgesagt wurde. Der Bericht wurde bestätigt. Offizielle Begründung, das Treffen solle früh enden und man sei heute sowie mit der Tagesordnung fertig geworden.

19:10 Das ZDF Heute-Journal berichtet, der IWF sei vorzeitig beendet worden, »vermutlich wegen der anhaltenden Proteste«. Auch andere Sender und Nachrichtenagenturen berichten, trotz Dementi der Kongressleitung, dass die IWF-Tagung aus Furcht vor weiteren Protesten nicht fortgesetzt wird.

19:20 Die offiziellen Feierlichkeiten, die für heute abend auf der Karlsbrücke geplant waren, sind laut IMC abgesagt worden.

19:33 Es sammeln sich Leute in der Altstadt. Einige hundert Polizisten sind ebenfalls in der Gegend.

20:01 400 Demonstratinnen besetzten die Karlsbrücke auf der die abgesagten offiziellen Feierlichkeiten stattfinden sollten. Die Polizei beginnt die Brücke von beiden Seiten einzuschließen. DemonstrantInnen aus der Altstadt machen sich auf den Weg zur Brücke.

20:40 Mehr und mehr Leute versammeln sich in der Altstadt zu einer großen Siegesfeier.

[Alle Infos aus Indymedia und Berichten aus Prag]

Polizeibrutalität in Prag

Pressemitteilung des Ermittlungsausschusses aus Prag

28.09.00 - Prag Folterungen in tschechischen Gefängnissen gegenüber ausländischen DemonstrantInnen - Deutsche Botschaft unternimmt nichts

In den Stunden und Tagen nach den Protesten zur Eröffnung des Weltbank und IWF-Treffens in Prag am 26. September ermittelten wir zahlreiche Misshandlungen und Folterungen von festgenommenen Demonstrantinnen im tschechischen Polizeigewahrsam. Folgende drastische Fälle sollten Sie dringend zur Veröffentlichung bringen:

- eine Frau befindet sich derweil im Krankenhaus mit gebrochenem Bein und Schulterblatt - Die Polizei gibt an, sie sei aus dem Fenster der Polizeiwache gefallen.
- Eine norwegische Frau befindet sich in einer Zelle des Gefängnisses Olsanska mit angebrochenem Bein - ihr wird ärztliche Hilfe verweigert.
- Ein deutscher Mann befindet sich in einer Zelle mit gebrochenem Arm - ihm wird ebenfalls ärztliche Hilfe verweigert.
- Einem deutschen Mann wurden durch absichtliches Zuschlagen einer Tür vier Finger der dazwischen eingeklemmten Hand gebrochen.
- 30 Personen verschiedener Nationalitäten wurden gezwungen innerhalb des Gefängnisses Olsanska unter freiem Himmel zu schlafen. Sie wurden mit CS-Gas innerhalb des Gefängnisses attackiert und ausserdem geschlagen.
- 7 Personen wurden mit festgebunden Händen über dem Kopf gezwungen 20 Stunden lang zu stehen.
- Die Köpfe einiger Frauen wurden auf Tische geschlagen.
- Mehrere Personen verschiedener Nationalitaten wurden durch zwei Reihen Polizisten getrieben, die mit Knüppeln bewaffnet auf die Gefangenen einschlugen.

Hier sind nur die drastischsten Fälle exemplarisch aufgezählt. Wir erhalten unzählige weitere Meldungen über Schläge und Tritte gegenüber gefangenen DemonstrantInnen und die MELDUNGEN REISSEN NICHT AB. Zudem wird jedem Gefangenen der ihm zustehende Telefonanruf verweigert. Die Wenigsten erhalten Essen oder etwas zu Trinken.

Besondere Polizeibrutalität gegenüber Ausländern

Mit besonderer Brutalität gehen die tschechischen Polizeibehörden gegen ausländische Inhaftierte vor. So wurde die oben genannten Misshandlungen ausnahmslos gegenüber Ausländern verübt. Den inhaftierten Tschechen gegenüber verhalten sich die Behörden zwar nicht fair aber auch nicht derart brutal. Zwei Tschechen wurden misshandelt, weil sie für Ausländer gehalten wurde.

Skandalöses und menschenverachtendes Verhalten der Deutschen Botschaft

Mit völliger Ignoranz reagierte die deutsche Botschaft in Prag auf die von uns geschilderten Fälle von Polizeibrutalität gegenüber deutschen Inhaftierten. Ohne Beweise wolle sie nichts unternehmen, teilte uns der Konsul von Prag in einem Telefonat vom 27.09.00 mit. Zudem geht aus einem Fax der Botschaft als Antwort auf eine Anfrage des Mitgliedes des deutschen Bundestages Carsten Hübner zur Situation in Prag hervor, dass die Botschaft aufgrund der vielen Erfahrungen mit den Verhaltensweisen der tschechischen Polizei nicht von den oben genannten Misshandlungen und Folterungen ausgeht. Sie wird dementsprechend zu diesem Zeitpunkt nichts für die Sicherheit der inhaftierten Deutschen unternehmen oder angemessen reagieren, um zur Aufklärung der vorgetragenen Fälle beizutragen. Dieses Verhalten ist unverantwortlich! Andere ausländische Vertretungen reagieren in diesem Zusammenhang im Ubrigen wesentlich besorgter und dementsprechend kooperativer.

Zur Stunde befinden sich noch unzählige AusländerInnen und TschechInnen in den Gefängnissen der Tschechischen Republik. Darunter sind viele Deutsche. Uber genaue Zahlen können wir Sie zur Zeit nicht informieren, da den Inhaftierten wie oben erwähnt die ihnen zustehenden Telefonate verweigert werden. Aber insgesamt wurden mehr als 800 Personen im Zusammenhang mit den Protesten inhaftiert. Davon sind weit mehr als die Hälfte noch in Haft und befinden sich in grösster Gefahr!!!

Ermittlungsausschuss Prag
am 28.09.00 - 19.30 Uhr

Filmreihe im Libertären Kultur- und Aktionszentrum

La Comune (5. Oktober, 19 Uhr)

Die Pariser Kommune 1870/71: Das Staatsfernsehen von Versailles ist Propagandainstrument der Reaktion. KommunardInnen gründen einen volkseigenen Kommunesender, um wahrheitsgemäß aus Paris berichten und die Kommune unterstützen zu können. Die Pariser Kommune 1870/71: Arbeiteraufstand oder Kampf des Kleinbürgertums um Einfluss? In diesem "spielerischen Dokumentarfilm" kommen Beteiligte und Gegner mittels des Massenmediums Fernsehen selbst zu Wort. Der Bezug zur Gegenwart wird hergestellt, wenn DarstellerInnen über ihre eigene politische Einstellung und die Arbeit am Film diskutieren.



Brennender Asphalt (12.10., 19 Uhr)

Hass, Gewalt, Wut - Alltäglichkeiten in den französischen Vorstadtghettos. Die Träume und Hoffnungen der dort lebenden Jugendlichen sind für jeden nachvollziehbar: Ein besseres Leben, die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen.
In ihrer Welt jedoch werden ihnen alle Chancen verwehrt, nur indem sie ihre Wut auf die Straße tragen, wird der Welt ihre Existenz bewußt.

Monsieur Mobbing (19.10., 19 Uhr)

Um das Personal einer Filiale so billig wie möglich abzubauen, stellt ein Konzern einen Spezialisten ein, der die Angestellten systematisch zur Kündigung treibt: Monsieur Mobbing.

Ort: Thadenstr. 118, Tel. 4322124

Soviel Antifa war noch nie!

Sich über die staatlich verordnete Antifa-Politik der rot-grünen Regierung lustig zu machen, ist nicht schwer. Sie als chauvinistische Veranstaltung einer Standort-und Imagekampagne zu entlarven, ist selbstverständlich. Genauso notwendig ist es aber, den gleichzeitig voranschreitenden rassistischen und antisemitischen gesellschaftlichen Konsens nicht aus dem Blick zu verlieren. Aus diesem Grunde dokumentieren wir einen Beitrag aus der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung«, der dort am 14.September unter dem Titel »Warten bis der erste verletzt wird? Jüdische Gemeinde Weiden befürchtet weitere Anschläge« erschienen ist:

Im Mai wurde der Gedenkstein zur Erinnerung an die ermordeten Juden aus Weiden beschmiert, im Juni gingen zwei Fenster des Gemeindehauses zu Bruch, im September wurde gegen die Eingangstür des Gemeindehauses ein Glas mit Farbe geschleudert. Weidens Gemeindevorsitzende Gabi Brenner glaubt nicht mehr an Zufälle oder dumme-Jungen-Streiche und will das Thema bewußt in die Öffentlichkeit tragen. Was zu tun ist und wie ein solches Klima zustande kommt, darüber sprach sie mit Heide Sobotka.

Können die Anschläge von Weiden als Nachahmungstaten der Anschläge auf die Synagoge in Erfurt und auf die jüdischen Zuwanderer in Düsseldorf gesehen werden?

Brenner: Ich denke schon, daß dies so ist. Und das Schlimmste dabei ist, daß die Polizei von vornherein abwinkt und sagt, Anzeigen bewirken nichts. In zwei Wochen werde ich wieder die Mitteilung über die Einstellung des Verfahrens erhalten. In der Gesellschaft und bei der Polizei als Spiegelbild der Gesllschaft herrschen eine enorme Gleichgültigkeit. Im Gegenteil, als ich mich jetzt nach dem dritten Anschlag an die Presse wandte, warf mir der Oberbürgermeister vor, ich würde die Sache »zu hoch hängen«. Der rechte Druck in der Gesellschaft ist nichts Neues und die schweigende Mehrheit trägt dieses Klima.

Glauben Sie, daß es sich um gezielte Anschläge von rechts handelt?

Brenner: Der CSU-Oberbürgermeister Hans Schröpf ist nicht der Ansicht. Er erklärte, es gebe kein »judenfeindliches Weiden«. Beim neuerlichen Anschlag am 1. September habe ich der Polizei deshalb bewußt einen »nichtantisemitischen Anschlag« gemeldet. Auch der Staatsschutz, an den ich mich gleich beim ersten Anschlag auf den Gedenkstein gewandt hatte, versicherte mir, es gebe keine rechtsextreme Szene bei uns. Und trotzdem trifft man hier am Sonntag nachmittag am Bahnhof die Glatzen an. Mir ist es im Prinzip auch gleichgültig, ob es eine rechte Szene ist oder sonst etwas. Tatsache ist, wir sind Ziel von Anschlägen. Wer die ausübt, ist mir egal, ich will, daß die Täter gefunden werden. Und da geschieht nichts.

Befürchten Sie denn weitere Anschläge?

Brenner: Das wird sicherlich nicht der Letzte gewesen sein. Die Täter fühlen sich ermutigt. Denn, je weniger man hinschaut, je weniger man Einhalt gebietet, je weniger man tut, um so mehr werden sie ermutigt, noch mehr zu machen. Ich bin mittlerweile so weit zu glauben, wahrscheinlich schaut man hier erst hin und ist dann erst betroffen, wenn es den ersten Personenschaden gibt.

Werden Sie jetzt die Sicherheitsmaßnahmen verstärken?

Brenner: Ich hatte nie vor, aus der Gemeinde eine Festung zu machen. Aber irgendwo muß ich jetzt langsam aufrüsten. Das widerstrebt mir, weil ich diejenige war, die die Gemeinde geöffnet hat. Ich habe allein bis Ende Juli in diesem Jahr neunundzwanzig Führungen und Vorträge mit Schülern und verschiedensten Gruppen gehabt. Jetzt frage ich mich ernsthaft: Was hast Du damit eigentlich bewirkt? Ich arbeite sehr viel mit der Volkshochschule zusammen. Wir bieten gemeinsam viele Veranstaltungen, Lesungen, Konzerte oder Bildungsreisen an. Aber wenn es hier ein solches Klima gibt, daß sich beispielsweise die Volkshochschule fragen lassen muß: »Warum läßt sie sich vor den Karren der Jüdischen Gemeinde spannen?« nur weil im Heft steht, daß wir Mitveranstalter sind, dann zeugt das von einem gefährlichen politischen Klima.

Der folgende Artikel ist dem Antifaschistischen Infoblatt Nr. 50, 1/2000 entnommen

Neulich, bei einer AIB-Redaktionssitzung zum Thema »Antifa-Bewegung: Rückblicke und Ausblicke«:
Anna (35), Lohnarbeiterin: »*Als wir vor zehn Jahren Antifa-Arbeit gemacht haben, hatten wir eigentlich etwas ganz anderes im Kopf, als das, was heute unsere Praxis ausmacht: Wir wollten eine radikale gesellschaftliche Veränderung, wir haben uns als Teil einer breiten linken außerparlamentarischen Bewegung gefühlt, und wir dachten, dass die Abwehrkämpfe gegen die rassistische Mobilisierung nur eine Phase von ein paar Jahren sein würde.*«
Arthur (30), Wissenschaftler: »*Und jetzt finden wir uns in der Situation wieder, dass wir plötzlich mit wenigen anderen die Überreste genau der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verteidigen, die wir immer kritisiert haben.*«
Paula (25), Studentin: »*Genau das frustriert mich aber auch: Ich wollte nie Alibi-Demokratin spielen, wenn die Medien mal wieder nach einem rassistischen Angriff mit der Lupe nach den Überresten der Zivilgesellschaft suchen. Ich habe immer noch den Anspruch auf radikale gesellschaftliche Veränderungen und will, dass sich das in unserer Praxis wiederspiegelt.*«
Anton (32), Handwerker: »*Aber in Zeiten, in denen die grundlegenden Werte wie die Wahrung von Menschenrechten, Gleichberechtigung für alle hier Lebenden und Demokratie unter Beschuss sind und von immer weniger gesellschaftlichen Kräften tatsächlich für schützenswert erachtet werden, bleibt uns doch gar nichts anderes übrig, als genau dafür zu kämpfen. Das mag nicht sonderlich radikal sein, aber in der Wahl und der Bandbreite unserer Mittel unterscheiden wir uns ja immer noch von den bürgerlichen Hütern der Zivilgesellschaft.*«
Samson (22), Zivildienstleistender: »*Mir geht das Gerede von Zivilgesellschaft auf die Nerven. Ich hab Lust auf Demos, coole Aktionen gegen Nazis, und keine Lust darauf, in jeder AIB-Ausgabe den Textbaustein »Bündnisarbeit« zu wiederholen, wenn es keine Bündnispartner mehr gibt.*«
Simone (30), Dachdeckerin: »*Ich finde noch etwas frustrierend. Mein Eindruck ist, dass wir im AIB gute Informationen und Rechercheergebnisse veröffentlichen, und dass aber im Vergleich zu früher viel weniger praktisch damit gearbeitet wird. Recherche ist doch kein Selbstzweck, sondern soll eine Bewegung und Gruppen vor Ort unterstützen.*«

Antifa wie weiter?

Rückblicke und Ausblicke



Solche und ähnliche Diskussionen sind Euch sicherlich nicht unbekannt. Mit dem folgenden Artikel versuchen wir, einen Teil der Ergebnisse dieser Diskussion zu dokumentieren, mögliche Handlungsspielräume aufzuzeigen und die Geschichte der antifaschistischen Bewegung der letzten zehn Jahre so selbstkritisch wie möglich und nötig zu beleuchten. Einen Anspruch auf Vollständigkeit oder gar auf »den Stein der Weisen« haben wir dabei nicht und gibt es unserer Meinung nach auch nicht. Der Artikel ist vielmehr als Anregung für weitere Diskussionen gedacht.

Die »goldenen« 70er Jahre?!

In den 70er Jahren hat sich die außerparlamentarische Linke nur am Rand mit Alt- und Neonazis beschäftigt. Vielmehr wurde dieses Politikfeld in der Bundesrepublik vor allem von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), den diversen DKP-Strukturen, Gewerkschaften und den Jusos bearbeitet. Die einzige Ausnahme aus dem linksradikalen Spektrum war lange Zeit der Kommunistische Bund (KB), der aber auch parteiähnlich organisiert war. Das Thema Neofaschismus war zum einen wesentlich enger als heute mit einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen – personellen, gesellschaftlichen und ideologischen – Kontinuitäten verknüpft. Oftmals waren hohe Vertreter des NS-Regimes noch in Amt und Würden – sei es als Politiker, als Richter, Staatsanwälte, Bundeswehrgeneräle, hohe Polizeibeamte,

ÄrztInnen und ProfessorInnen. Zum anderen stellte das Gedenken an die Shoa und der Zugang zu konkreter Geschichtsaufarbeitung einen wesentlich größeren gesellschaftlichen Sprengsatz dar – sowohl im positiven wie im negativen Sinne. Im Zuge der Ausläufer der 68er Bewegung wurde in vielen Familien erstmals die Mauer des Schweigens um die Täterschaft der Väter und Großväter gebrochen, weil Jugendliche auf eine Auseinandersetzung bestanden; zum ersten Mal wurden die Konsequenzen des Nationalsozialismus in den Lehrplänen des schulischen Geschichtsunterrichts behandelt und fanden Eingang in pädagogische Bereiche – und nahmen dort wesentlich mehr Raum ein als heute. In dieser Zeit entstanden auch viele lokale Geschichtswerkstätten, die mit ihrer Arbeit oft für heftige Auseinandersetzungen vor Ort sorgten.

Die gerade im Entstehen begriffene autonome Bewegung und die Jugendzentrumsbewegung, die sich oft an der Forderung nach selbstverwalteten Jugendzentren politisierte und radikalisierte, wurde nur anlaßbezogen zum Thema »Neofaschismus« aktiv, vor allem bei Parteitagen und Demonstrationen der NPD. Bei diesen Anlässen traf man vor Ort mit den parteiförmig organisierten AntifaschistInnen zusammen, die jedoch sowohl in Bezug auf Recherche als auch in der Öffentlichkeitsarbeit tonangebend waren. Eine Ausnahme war auch hier der KB, der eigenständig Rechercheergebnisse veröffentlichte. Antifaschistische Großevents wie die legendären ersten »Rock gegen Rechts«-Konzerte wurden dagegen von den Jugendorganisation der Parteien wie Jusos, Falken und SDAJ organisiert. Das Engagement gegen Rechtsextremismus hatte für jüngere außerparlamentarische Linke in erster Linie »Ereignischarakter«; es war eingebettet in eine vielfältige linksradikale Praxis und Bewegung und für die wenigsten Schwerpunkt ihrer politischen Identität.

Ähnliches galt auch für die linken militanten Gruppen wie die Revolutionären Zellen (RZ), Rote Zora und die RAF jener Jahre (vgl. hierzu AIB Nr. 41, Gastbeitrag von Klaus Viehmann). Grundsätzlich war vielen das Feld »Rechtsextremismus« zu verstaubt, zu sehr von alten KommunistInnen und SozialdemokratInnen bestimmt, und die Notwendigkeit für breite gesellschaftliche Bündnisse schien auch nicht gegeben: Schließlich schien die Linke in Deutschland keineswegs isoliert. Und die radikale Linke schwankte zwischen einer von den antiimperialistischen und antikolonialen Befreiungsbewegungen geborgten Hoffnung nach »der Weltrevolution« – je weiter weg desto besser – und dem »Kampf gegen die Zustände im Herzen der Bestie«.



Die 80er zwei Gesellschaften im Umbruch und kurz vor Toresschluss

Dieser Trend war auch Anfang der 80er Jahre ungebrochen. Nach den militanten Protesten gegen ein öffentliches Bundeswehrgelöbnis in Bremen 1981 konstituierte sich eine autonome Bewegung, die schnell wuchs und in vielen gesellschaftlichen und politischen Bereiche aktiv wurde: In der Anti-AKW-Bewegung, in der Anti-NATO-Bewegung, im Häuserkampf. In all diesen Bereichen waren Autonome immer wieder in breite Bündnisse eingebunden. Sicherlich: Diese Bündnisse waren nicht immer von langer Dauer, die Militanz-Frage wurde mehr als einmal zum Knackpunkt, an dem sich nicht nur verbal die Geister schieden. Doch die Stärke der autonomen Bewegung und ihr daraus resultierendes Selbstbewußtsein versetzten sie überhaupt in die Lage, derartige Bündnisse einzugehen. Ab Mitte der 80er Jahre erstarkten aber auch neonazistische Gruppierungen in Westdeutschland; die Antwort der autonomen Bewegung darauf war weiterhin zumeist ereignisbezogen; nur in regionalen Brennpunkten entstanden explizite autonome Antifagruppen, die sich aber weiterhin als Teil einer großen Bewegung verstanden. Im Vordergrund stand jedoch die Auseinandersetzung mit staatlichem Rassismus und einer rigiden Ausländerpolitik der CDU/FDP-Koalition. Autonome Flüchtlingspolitik setzte damals vor allem auf die Selbstorganisierung der Betroffenen. Die militanten Gruppen wie die RZ und Rote Zora versuchten, mit Anschlägen wie gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Berlin konkrete Verantwortliche für den staatlichen Rassismus zu treffen und den Betroffenen Luft zu verschaffen.

Ende der 80er wurden die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umbrüche von einer Welle rassistischer Mobilisierung in Westdeutschland begleitet, die u.a. durch eine massive staatliche Hetze gegen Flüchtlinge und die Wahlerfolge der Republikaner geprägt war. Parallel bildeten sich auch in der DDR erste subkulturelle rechtsextreme Formationen, zumeist in Form von Jugendcliquen und Skinheadgangs, die sowohl gegen Punks als auch gegen VertragsarbeiterInnen losschlugen und antisemitische Grabschändungen durchführten. In Westdeutschland führte dies dazu, dass sich innerhalb der autonomen Bewegung eine autonome Antifa entwickelte, die in ihren Aktionsformen die ganze Bandbreite autonomer Aktionen integrierte, politisch aber schnell – und das im Gegensatz zu vielen anderen Autonomen, die längst kaum noch über die eigene Bewegung hinaus blicken wollten oder aber mit der Sanierung ihrer ex-besetzten Häuser beschäftigt waren – auf eine selbstbewußte Bündnispolitik setzte.

Das Selbstschutz-Konzept

Ein Beispiel für die Übersetzung eines politischen Grundverständnisses von Antifaschismus in konkretes Handeln aus dieser Zeit ist das West-Berliner »Selbstschutz«-Konzept des Jahres 1989, das ähnlich auch in Hamburg umgesetzt wurde. Die militante Neonazi-Szene hatte für den 20. April '89, den 100. Geburtstag Hitlers, vielfältige Aktionen angekündigt die dann allerdings ausblieben. In der Antifabewegung, bei jugendlichen MigrantInnen und bei autonomen Gruppen löste die Ankündigung ziemliche Empörung und Zorn aus – nach dem Motto: *»Das können die sich hier nicht erlauben.«* Bei vielen GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und älteren Mi-

grantInnen bestand aber auch ein Gefühl der Verängstigung und Einschüchterung. Dieser Stimmung mußte ein antifaschistisches Konzept Rechnung tragen. Unter dem Motto »Den Antifaschistischen Selbstschutz organisieren« sollte die individuelle Angst aufgebrochen werden. Das Konzept lief darauf hinaus, das Bedrohungsgefühl der Einzelnen durch solidarisches Handeln zu überwinden. Dabei mußten erstens viele verschiedene Menschen und Spektren die Möglichkeit haben, sich am Selbstschutz zu beteiligen. Zweitens sollte damit auch und gerade die Bedrohung in den vom Nazi-Terror besonders geplagten Außenbezirken aufgebrochen werden. Zugleich wurde die Kampagne produktiv genutzt: Über ganze Stadtgebiete wurden Anlaufstellen eingerichtet, in denen dann Informationen erhältlich waren, Veranstaltungen stattfanden usw. Selbstschutz sollte nicht nur eine Sache breitschultriger männlicher »Kampfmaschinen« sein. In einem solchen Konzept sollten auch Menschen ihren Platz haben, die Gewalt prinzipiell ablehnen, oder solche, die aus unterschiedlichsten Gründen keinesfalls auf der Straße aktiv werden konnten oder wollten; sei es, weil sie körperlich nicht dazu in der Lage waren, z.B. im Rollstuhl saßen, oder weil sie als MigrantInnen, möglicherweise ohne Paß oder mit sehr eingeschränkter Aufenthaltsgenehmigung, zu gefährdet waren. Da Selbstschutz eben mehr bedeutet als nur handgreifliche Auseinandersetzungen, war es möglich, auf dieser Basis ein breites Bündnis zu halten. Wichtig war dabei, dass es schon im Vorfeld eine enge Zusammenarbeit von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen gegeben hatte, und dass autonome AntifaschistInnen mit militanten Aktionen ganz bewusst auch am Stadtrand und ausserhalb der »Szene-Stadtteile« agierten.



Auch in der DDR entstanden in dieser Zeit erstmals Antifagruppen, die in einer linken Oppositionsbewegung verankert waren. Vielfach entstanden sie aus kirchlichen Jugendgruppen bzw. oppositionellen Jugendgruppen, die sich unter dem Schutz der Kirchen trafen. Oft war ihre Hauptmotivation für Aktivitäten im Bereich Rechtsextremismus persönliche Betroffenheit: Als Punks waren sie ständigen Angriffen von rechten Skinheads ausgesetzt; und gleichzeitig fanden sie sich gegenüber dem Staat und der DDR-Gesellschaft in einer Bittsteller- und Forderungsposition, denn offiziell wurde die Existenz von Rechtextremismus als auch Antisemitismus in der DDR geleugnet. Ausserdem verkörperten junge Rechte auch in der DDR die dort geschätzten Sekundärtugenden von Ordnungs- und »Vaterlandsliebe« über Disziplin bis hin zu Arbeitswilligkeit etc. Sie waren bestens integriert, während junge linke Oppositionelle als Staatsfeinde behandelt und gesellschaftlich ausgegrenzt wurden.

Die 90er – Zwischen grenzenloser rassistischer Mobilisierung und eigener Antifa-Identität

Über die rassistische und rechtsextreme Mobilisierung nach der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik ist im AIB schon viel geschrieben worden. Wir wollen uns deshalb an dieser Stelle auf das Aufzeigen einiger Aspekte der linksradikalen und antifaschistischen Reaktionen darauf beschränken.

An die »Selbstschutz-Kampagne« der späten 80er Jahre knüpfte Anfang der 90er Jahre in Berlin ein anderes Konzept antifaschistischen Selbstschutzes an. So waren damals in Berlin bestimmte S-Bahn-Linien Schauplätze brutaler Übergriffe durch Nazi-Banden. Die Bewegungsfreiheit für MigrantInnen, Obdachlose, Behinderte und Linke in diesen Bereichen war erheblich eingeschränkt, ein Stück öffentlichen Raumes drohte verloren zu gehen. Diese Situation wollten AntifaschistInnen dadurch überwinden, dass sie den Nazischlägern die betreffenden Räume systematisch entrissen. Auf den entsprechenden S-Bahn-Strecken fuhren deshalb gezielt und zu ganz unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten größere Gruppen von AntifaschistInnen, die mit Fahrgästen ins Gespräch kamen, manchmal auch Flugblätter verteilten und Naziparolen beseitigten. Einige dieser Gruppen bestanden beispielsweise nur aus Frauen und Lesben, die zugleich die ständige Bedrohung durch sexistische und patriarchale Gewalt im öffentlichen Raum mitthematisierten. Mehrfach kam es zu Konfrontationen mit rechten Schlägern, die aber bald verstanden, daß eine große Gruppe von Menschen, die sich ihnen solidarisch entgegenstellt, in der Lage ist, Angst zu überwinden. Und Angst ist eine sehr wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Nazi-Terror. Derartige antifaschistische Selbstschutz-Kampagnen – wie auch beispielsweise Fahrwachen zu bestimmten Anlässen, antirassistische und antifaschistische Notfalltelefone, die untereinander vernetzt waren, sowie Schutzkonzepte für Heime in Großstädten und im jeweiligen Umland – brachten nicht immer nur Erfolge. Manchmal wurden Beteiligte stark gefährdet, es gab Festnahmen und Verletzte. Trotzdem sind die Grundgedanken des Konzeptes auch heute noch wertvoll: Antifaschistischer Selbstschutz lebt von seiner »Glaubwürdigkeit«, von der Beteiligung vieler unterschiedlicher Menschen mit unterschiedlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen sowie von der ständigen Begleitung der eigenen Aktivitäten durch eine überzeugende Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist schon deswegen wichtig, um sich nicht einfach an irgendwelchen Nazis abzuarbeiten, sondern zugleich auch eine andere Kultur und alternative Gesellschaftsvorstellungen mit zu transportieren.

Viele derjenigen, die heute noch autonome Antifaarbeit in Ost- und Westdeutschland machen, haben sich Anfang der 90er Jahre politisiert; ihr Blickwinkel auf Politik und diese Gesellschaft ist von dieser Zeit – und dem Gefühl der ständigen Abwehr, der zunehmenden Ohnmacht und des ständigen »reagieren Müssens« geprägt. Dies gilt insbesondere für den Osten, wo die Antifabewegung zunächst als Selbstschutzbewegung die linksradikale Bewegung war – und ist –, wo sich linke Jugendliche politisiert und ihre Identität in Abgrenzung zum rechten

Mainstream entwickelt haben. Vor dem Hintergrund rassistischer Pogrome wie in Hoyerswerda und Rostock, der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 und mörderischer neonazistischer Brandanschläge in Mölln, Solingen und an vielen anderen Orten erlebte die Antifabewegung sowohl als linke autonome Bewegung – zu einer Zeit als die traditionelle autonome Bewegung aufgrund des (vorläufigen) weltweiten Siegeszuges des Kapitalismus und den gesellschaftlichen Umbrüchen in Deutschland schon in einer tiefen Krise war – zwar einen erheblichen Aufschwung; andererseits war sie seitdem mit einer gesellschaftlichen Situation konfrontiert, in der für linke Utopien und Träume von gesellschaftlicher Befreiung kein Platz mehr vorhanden schien.



»Antifa heißt Angriff«

Nun scheint es beim ersten Hinsehen so, als wäre die Parole »Antifa heißt Angriff«, die Ende der 90er Jahre aufgekommen ist, und soviel radikaler als »antifaschistischer Selbstschutz« klingt, das weitergehende Konzept – und noch dazu ein Konzept, das ein Ende des ewigen Reagierens verspricht und eigene Stärke vermittelt. Dahinter verbergen sich zwei Kurzschlüsse: Kurzerhand wurde da – in einer Art Trotzreaktion auf die politische Defensive, in der sich die ausserparlamentarische Linke spätestens seit '90 befindet – eine Parole als Konzept verkauft. Diese Parole zum Konzept zu erheben, geht von einem falschen Verständnis von Antifaschismus aus:

Antifa heißt eben nicht Angriff, sondern Selbstverteidigung, auch wenn diese »offensiv« ist. Nur daher erhält das Konzept seine Legitimation, dass es unvermeidlich ist, sich gegen neonazistischen Terror zu wehren. Antifaschismus ist weder eine revolutionäre Bewegung, noch eignet er sich als Basis zum Aufbau »parteiförmiger« linker Strukturen. Antifaschismus muß vielmehr als Aktionsfeld immer Bestandteil einer breiten linken Bewegung sein; für sich genommen ist eine antifaschistische Bewegung in erster Linie eine Abwehrbewegung, die versucht, Vorstellungen und Ideale einer humanistischen und solidarischen Gesellschaft gegen Nationalismus, Rassismus, Rechtsextremismus und kapitalistische Verwertungslogik zu verteidigen. Die Parole »Antifa heißt Angriff« zum Konzept zu erheben, birgt noch weitere Probleme.

Zum einen organisiert man sich angesichts der momentanen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit einem derartigen Konzept die eigenen Niederlagen anstatt der eigenen Bewegung und sympathisierenden gesellschaftlichen Kräften oder Einzelpersonen Mut zu machen. Darüber hinaus ist die Parole als Konzept zum Selbstzweck geworden; sie schließt viele Menschen aus, fördert patriarchales Mackertum, indem sie eine Hierarchie von Aktionsformen kultiviert – in der Militanz nicht mehr ein gleichberechtigtes Mittel unter vielen ist, sondern ganz oben steht – und sie führt dazu, dass auf unterschiedliche Bedingungen an unterschiedlichen Orten nur noch reflexartig mit den immer gleichen Parolen und Aktionsformen reagiert wird. Militanz wird dann nicht mehr als ein bewußt gewähltes politisches Mittel eingesetzt, sondern als – oftmals auch nur noch – verbaler Reflex.

Mit Blick auf eine andere Form des Zusammenlebens von Menschen – eine solidarische Form – ist das Selbstschutzkonzept das viel weitergehende, im Wortsinne radikalere Konzept. Es versetzt diejenigen, die alleine schwach sind, in die Lage, ihren Raum in der Gesellschaft zu verteidigen und zu behaupten, indem es das solidarische Vorgehen vieler unterschiedlicher Menschen ermöglicht. Es setzt nicht auf militärische Stärke, sondern auf die Überwindung individueller Angst durch solidarisches Handeln. In den 80er Jahren wurde dies in der bekannten Zeichnung von den vielen kleinen Fischen ausgedrückt, die gemeinsam den großen Raubfisch in die Flucht jagen. Auf antifaschistischen Selbstschutz-Plakaten waren meistens viele gemeinsam vorgehende Menschen abgebildet, selten einzelne »schwache« Menschen (kleine Mädchen, alte Frauen), die das angsterzeugende »Monster« in die Flucht jagen.

Bündnisse?!

An dieser Stelle ist es notwendig, sich noch einmal die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten zehn Jahre bewußt zu machen: Unterschiedlichste Faktoren kommen zusammen: Der scheinbar unaufhaltbare Siegeszug des Kapitalismus, der zu einer extremen Entsolidarisierung und Ausgrenzung »nicht-verwertbarer« Gruppen geführt hat. Der Golfkrieg, mit dem die Militarisierung in Deutschland einen erheblichen Schub erhalten hat. Die de- facto- Abschaffung des Asylrechts und staatlicher Rassismus: All das hat eine gesellschaftliche Normalität geschaffen, in der die Anfang der 90er Jahre immerhin zwar nicht betroffene, aber doch empörte liberale Öffentlichkeit sich in weiten Teilen Deutschlands als politischer Faktor verabschiedet hat – und damit für die autonome Antifa- und auch Antirassismus-Bewegung ein wichtiger Bündnispartner weggebrochen ist. Engagierte Einzelpersonen aus Gewerkschaften oder Parteien repräsentieren schon längst nicht mehr ihre Organisationen oder gar eine wie auch immer große Basis. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg antifaschistischer Selbstschutzkonzepte bestand und besteht in der dauerhaften Einbindung antifaschistischer Strukturen in gesellschaftliche Bündnisse. Gerade die letzten Erfahrungen mit Neonazi-Demos wie in Kiel und Göttingen zeigen, dass eine breite gesellschaftliche Abwehrfront große Aufmärsche be- und manchmal auch verhindern kann. Während überall dort, wo die gesellschaftliche Grundstimmung den Neonazis Desinteresse oder gar Zustimmung signalisiert, ein kleines Häufchen linksradikaler AntifaschistInnen nur wenig ausrichten kann, wie am 29. Januar in Berlin. Bündnisse sind komplizierte Gebilde, die oft sehr problematisch werden können. Erfolgreich sind sie in der Regel da, wo über lange Jahre Vertrauen zwischen autonomen AntifaschistInnen und einzelnen Personen aus den bürgerlichen Verbänden und Organisationen entstanden ist.

Aus den häufigen Mißerfolgen darf keinesfalls die Konsequenz gezogen wer-

den, Bündnisse in Deutschland ganz aufzugeben. Auch die linksradikale Antifabewegung ist ein Teil der Gesellschaft, ein Teil der Öffentlichkeit, und damit für die Stimmung in diesem Land mitverantwortlich. Stimmungen und Einstellungen darf man nie als unabänderlich voraussetzen und akzeptieren. Politik bedeutet auch, Stimmungen zu beeinflussen. Auch wenn die Antifabewegung als Reaktion auf bestimmte politische Entwicklungen wie den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien, die Abschaffung von §16 des Grundgesetzes etc. – sicherlich notwendige – Brüche mit ehemaligen Bündnispartnern vollzogen hat: Es wäre fatal, unsere Isolation, die auch daraus entstanden ist, zu pflegen oder gar als Tugend zu verkaufen. Vielmehr müssen wir unsere Suche nach Bündnispartnern intensivieren und durch Diskussionen und Einmischung versuchen, was sich uns als monolithische Blöcke in Form von Organisationen und Parteien präsentiert, aufzubrechen, Oppositionelle innerhalb dieser Organisationen und Parteien gezielt anzusprechen und zu bestärken. Dabei muss allerdings immer eine Abwägung stattfinden, wieviele Zugeständnisse der ohnehin kleine gemeinsame Nenner »gegen Nazis« rechtfertigt und ab wann es sinnvoll und auch notwendig ist, eigene – im Wortsinne – autonome Aktionsformen zu wählen. Dazu kommen dann noch die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für autonome AntifaschistInnen in Großstädten und in »der Provinz«.



Aus Fehlern und Niederlagen lernen

Es gibt mehrere Fehler der Antifabewegung der 90er Jahre, aus denen wir lernen müssen. Zum einen dachten wir aufgrund des »Booms« der Antifabewegung nach Rostock, dass wir so viele wären, dass das Wegbrechen der klassischen Bündnispartner zu verkraften wäre. Zum anderen ist es der Antifabewegung – und auch dem AIB – damals nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen staatlichen, institutionellem Rassismus, gesellschaftlichem Rassismus und rassistischer Gewalt ausreichend zu problematisieren und zum Kern unseres politischen Handelns zu machen. Im Gegenteil: Wir haben mehr Energie in klassische antifaschistische Recherche gesteckt als in Rassismusanalysen und antirassistische Handlungskonzepte, was u.a. zum Auseinanderdriften von Antifa- und Antira-Bewegung geführt hat. Fatale Konsequenzen dieser Fehleinschätzung zeigten sich ab Mitte der 90er Jahre: Während sich die Naziszene nach den staatlichen Partei- und Organisationsverboten von FAP, NF u.a. umstrukturierte, waren Neonazis in vielen Orten öffentlich nicht mehr so präsent wie Anfang der 90er und heute. Das führte vielerorts zum Einschlafen und zur Auflösung antifaschistischer Strukturen, während gleichzeitig die rassistische Mobilisierung in Politik und Gesellschaft unvermindert weiterging und den Boden für die nächste Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt Ende der 90er bereitete. Ein weiterer Fehler der Antifa-Bewegung in den letzten Jahren war ihre Konzentration ausschließlich auf den »Feind«, anstatt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und staatlichem Rassismus dazu zu nutzen, Alternativen aufzuzeigen. Es war ein aus unserer eigenen Schwäche und Überforderung entstandenes Versäumnis, während der CDU-Unterschriftenkampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft im vergangenen Jahr nur gegen CDU-Stände zu protestieren, anstatt selbst offensiv, zu selbstgewählten Zeiten an selbstgewählten Orten für die sofortige rechtliche Gleichstellung aller hier lebenden Menschen zu werben.

Auf der Suche nach Utopien

Auch wenn sich die antifaschistische Bewegung Anfang und Mitte der 90er Jahre statt als Teilbereich einer linksradikalen außerparlamentarischen und zumeist autonomen Bewegung immer mehr zur eigenständigen Bewegung entwickelte – und oftmals auch in bewußter Abgrenzung zur autonomen Bewegung eigene Identitäten und politische Schwerpunkte entwickelte – wäre es absurd, die enge Verbindung beider Bewegungen zu leugnen. Die Schwäche der außerparlamentarischen Linken spiegelt sich im Zustand der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit wieder. Zugespitzt formuliert, sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Antifabewegung – neben der Anti-Atom-Bewegung und den autonomen Antirassismusgruppen – in vielen Regionen der einzig sichtbare und greifbare Überrest der autonomen Bewegung ist. Das bedeutet zum einen ein erhöhtes Maß an staatlicher Repression, zum anderen ein erhöhtes Maß an gesellschaftlicher und politischer Verantwortung. Auch anhand anderer antifaschistischer Aktivitäten lässt sich der gesellschaftliche Rückzug feststellen: Anfang der 90er Jahre blieb es zumeist autonomen AntifaschistInnen überlassen, durch gründliche Recherche – oftmals mit direkt Betroffenen und Opfern rechter Gewalt vor Ort – den Grad rechtsextremer Organisierung aufzuzeigen und den Medienhype von »frustrierten rechten Jugendlichen« als billigen Mythos zu enthüllen. Auch das AIB hat damals viel Energie in »Enthüllungs-Antifaschismus« gesteckt. Diesen Bereich antifaschistischer Arbeit halten wir nach wie vor für notwendig und sinnvoll: Rechte Gewalt fällt nicht vom Himmel, heute weniger denn je, und die Kader ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren, kann Neonazis in Einzelfällen zumindest kurzfristig in die Defensive bringen. Und sicherlich liegt es auch an antifaschistischer Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit, dass das Problem rechter Hegemonie und Organisierung mittlerweile zum Standardthema bürgerlicher Medien gehört. Doch wer bei deren »Problemanalyse« stehen bleibt, wird nicht einmal ansatzweise mehr Bewegungspielraum oder gar Freiräume für MigrantInnen, Flüchtlinge oder nicht-rechte Jugendliche schaffen. Auch wir müssen selbstkritisch anmerken, dass wir die rassistische Mobilisierung anfänglich unterschätzt haben, die dazu geführt hat, dass es immer mehr Regionen und Bereiche gibt, in denen sich organisierte Rechtsextreme wie Fische im rassistischen Wasser bewegen. Gerade deshalb wäre eine antifaschistische Bewegung ohne antirassistische Praxis, ohne konsequentes Vorgehen gegen staatlichen Rassismus und konkrete Zu-

sammenarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen eine unpolitische »Anti-Nazi«-Bewegung, die sich von jeglichen emanzipatorischen Ideen verabschiedet. Insgesamt ist der Antifabewegung in den letzten Jahren so etwas wie ein Grundverständnis verloren gegangen. Die verschiedenen Aktivitäten antifaschistischer Gruppen drohen immer mehr aufgesplittert zu werden. Antifaschismus stellte in der alten Bundesrepublik einen übergreifenden Zusammenhang zwischen mehreren Feldern her, die man vielleicht als die »Säulen« antifaschistischer Politik bezeichnen kann: Die Erinnerung an den Faschismus und Nationalsozialismus, seine Verbrechen und den Widerstand dagegen. Dazu gehörte die Durchsetzung von Erinnerung im lokalen Umfeld, die Betreuung der Gedenkstätten, die Aufrechterhaltung eines Kontaktes zwischen den verschiedenen Generationen, die Aufarbeitung der örtlichen Geschichte in Geschichtswerkstätten und ähnliches mehr.



Die Auseinandersetzung mit den revanchistischen, militaristischen und nach außen aggressiven imperialistischen Tendenzen in Deutschland. In den Jahren bis '89 hieß das v.a. Auseinandersetzung mit aggressivem Antikommunismus, mit dem Revanchismus der Vertriebenenverbände und anderer Gruppen und mit dem Militarismus der Bundeswehr, ihrem »Auftrag« und Traditionsverständnis. Seit '89 hat sich hier einiges verschoben: Wichtig ist nun v.a. die Auseinandersetzung mit den aggressiven imperialistischen Tendenzen, mit geopolitischen Doktrinen, mit der Volksgruppenpolitik in Osteuropa usw. Die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung innerhalb Deutschlands. Hierunter fallen Neonazigruppen und das rechtsextreme Spektrum sowie die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus. Hierunter fallen aber auch autoritäre Tendenzen innerhalb der etablierten Parteien und insbesondere in Regierungspolitik, v.a. auch im Bereich »innere Sicherheit«. Aus dieser letzten »Säule« hat sich im Verlauf der 80er und 90er mehr und mehr ein eigenständiger Bereich entwickelt, der sich mit staatlichem Rassismus auseinandersetzt. Da es hier auch um Grenz-, Europa- und Außenpolitik geht, ist dieser Bereich zu mehr Eigenständigkeit gelangt und muß heute eigentlich als vierte Säule gelten. Hinzu kommt noch die Auseinandersetzung mit der sogenannten Neuen Rechten und deren gesellschaftliche Hegemoniebestrebungen. Nun werden alle diese Bereiche im einzelnen weiter behandelt – oft sogar im Vergleich zu früher mit viel besseren Konzepten. Dennoch droht damit ein Verständnis verloren zu gehen, das zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Tendenzen einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sieht. Aber die Probleme des Antifaschismus an der Schwelle zum neuen Jahrzehnt gehen noch tiefer. Sie betreffen im Grunde die allgemeine Einstellung, man könnte sagen die Haltung oder das Lebensgefühl in unserer Bewegung. Manchmal scheint es, als hätten viele von uns jede Hoffnung, jede Vorstellung von einer anderen, menschlicheren Gesellschaft verloren. Eine verbreitete Stimmung unter Antifas ist heute – nach all den Jahren nationalen Taumels, rassistischer Gewalt und außenpolitischer »Unverkrampftheit« ist dies auch gut zu verstehen – eine Art von Existenzialismus, manchmal sogar Nihilismus. Das Grundgefühl, das diese Stimmung prägt, ist Hoffnungslosigkeit und Hyper-Skeptizismus. Jedenfalls werden die gesellschaftlichen Zustände oft genug als unveränderlich wahrgenommen. Damit fehlt der Antifa-Bewegung – wie den Resten der autonomen Bewegung und der gesamten Gesellschaft – jede konkrete Utopie, jedes Bewußtsein für utopisches Denken. Das Verschwinden einer Vorstellung von einer möglichen besseren Welt kann aber nur zu einer Hinnahme des Bestehenden und zu Resignation führen. Eine inhaltliche Verbürgerlichung autonomer Bewegungen, die allenfalls durch militante Aktionsformen kaschiert werden kann, ist die Folge.

Ein neues Selbstbewußtsein?!

Ist es wirklich so verkehrt, in Zeiten, in denen Grundwerte wie Menschenrechte und Gleichberechtigung vieler hier Lebenden mit Füßen getreten werden, Bündnisse mit all jenen zu suchen, die ein Interesse daran haben, dass diese Zustände nicht so bleiben, wie sie sind? Und ist es nicht eben »revolutionärer Reformismus«[1], in dem Bewußtsein, dass Veränderungen nur in langfristigen gesellschaftlichen Prozessen möglich sind, der zur Zeit notwendig ist?

Das bedeutet: Ein antifaschistisches Selbstverständnis und eine Praxis, die selbstbewußt genug ist, auf eigene Aktionsformen wie militanten Selbstschutz zu bestehen und durch dieses Selbstbewußtsein in Bündnissen mit allen möglichen gesellschaftlichen Kräften agieren kann. Nur eine antifaschistische Bewegung, die authentisch – und dabei selbstkritisch – ist, wird auch in Zukunft für viele Menschen anziehend sein. Authentisch heißt in diesem Fall, auf ein Wechselbad von pseudo-revolutionären Phrasen und anbiedernder Praxis zu verzichten, sondern stattdessen dazu zu stehen, dass wir immer noch eine grundlegend andere Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Rassismus, Sexismus und Unterdrückung wollen; während wir gleichzeitig selbstbewusst, phantasievoll und offen genug sind, um in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen den jeweiligen Bedingungen vor Ort angemessen zu agieren – anstatt nur zu reagieren. Wir haben es nicht nötig, uns, unser Wissen, unser Lebensgefühl, unsere Praxis und unsere Identität zu verstecken. Nur dann ermutigen wir andere, sich mit uns gemeinsam gegen den rechten Mainstream zu stellen. ■

1) Wir haben diesen Begriff gewählt, weil er unserer Ansicht nach am ehesten das Spannungsfeld zwischen unserem eigenen politischen Selbstverständnis und unseren praktischen Möglichkeiten bzw. dem, was wir in konkreten Situationen an Praxis für notwendig und möglich halten, ausdrückt. Oder anders gesagt: Die Zeiten, in denen es autonomen AntifaschistInnen möglich war, eine »weisse Weste« im Sinne der »reinen autonomen Lehre« zu bewahren, sind vorbei – zumindest dann, wenn wir politisch intervenieren und Einfluß nehmen wollen.

Franziska Roller

Die Bank-Ladies – wenn Frauen zu sehr rauben

Dieser Text stammt aus dem im September erschienenen Buch: Klaus Schönberger (Hg.); Va Banque! Bankraub. Theorie. Praxis. Geschichte. Verlag Libertäre Assoziation/Verlag der Buchhandlungen Schwarze Risse/Rote Strasse. ISBN: 3-922611-83-4, 340 Seiten. 34,– DM. Erhältlich in jedem guten Buchladen.

Der Bankraub ist – kriminalstatistisch gesehen – eine Domäne der Männer. »Von den acht Fällen, in denen Frauen mitwirkten, geschah dies einmal als Lenkerin des in der Nähe der Bank abgestellten Fluchtautos, und in vier Fällen durch unmittelbare Unterstützung des den Überfall im wesentlichen leitenden männlichen Partners« (Császár 1975, 62). Daran hat sich auch zwanzig Jahre später kaum etwas geändert. In der Polizeilichen Kriminalstatistik des Jahres 1998 heißt es lapidar: »Frauen betätigen sich nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis relativ selten als Räuber.« In der Rubrik »Raubüberfälle auf Geldinstitute und Poststellen« sind mit 95,2 Prozent fast alle Täter Männer. Doch die immerhin 4,8 Prozent der Fälle, die auf das Konto von Frauen gehen, können in den Medien mit besonderer Aufmerksamkeit rechnen.

Die Neue Westfälische schreibt am 21. April 1999 über einen Überfall in Minden: »Mit einem Luftgewehr forderte die mit einer blauen Wollmütze mit Sehschlitzen maskierte Frau die Herausgabe des Geldes.« Ein anderer Fall wird aus dem kleinen Ort Buchbach in der Nähe von Landshut im August 1999 berichtet: »Zwei Angestellte bedienen eine ehemalige Kollegin, als eine weitere Kundin hinzu kommt. Und dann geht alles ganz schnell: Die zweite Frau umklammert die ehemalige Kollegin von hinten und hält der Geisel eine Spritze an den Hals. ›Geld her – oder ich spritze‹, fordert die Bankräuberin, die eine schwarze Perücke trägt, die Kassiererin auf« (ZET.NET Rosenheim ovb-online news, 28.8.1999). Wie einige ihrer männlichen Kollegen auch, bedienen sich einzelne Täterinnen intelligenter Täuschungsmanöver. Beispielsweise in Hamburg, wo eine »attraktive dunkelhaarige Frau« ihren Forderungen mit einer Bombenattrappe Nachdruck verlieh (Hamburger Morgenpost, 2.2.1980). Oder im Fall der Ulmer Bankräuberin, die am Telefon eine ganze Geschichte erfand: Sie sei Kriminalbeamtin und »in Ulm sei es mehreren Terroristen gelungen, mehrere Geiseln zu nehmen«. Man brauche nun alles verfügbare Geld, um die Geiseln freizukaufen. Dafür müsse auch die Filiale in Saffranberg ihren Beitrag leisten« (Welt, 26.11.1977). Brav rückte der Direktor knapp 40.000 Mark heraus, die Frau packte den Geldstapel »seelenruhig in eine große Tasche, bedankte sich, ging ruhigen Schrittes aus der Sparkasse und verlor sich in der Menge« (ebd.).

Historische Vorbilder

Die ersten berühmten Bankräuberinnen finden sich in den USA. So zum Beispiel Bonnie Parker, die in den dreißiger Jahren zusammen mit Clyde Barrow umherzog. Es



wird berichtet, daß die beiden impulsiv waren, begeistert davon, Leute umzulegen, kurz gesagt: vollkommen unprofessionell. John Dillinger, einer der größten Gangster ihrer Zeit, soll gesagt haben, wegen Typen wie ihnen müsse die bewaffnete Räuberei um ihren guten Ruf fürchten. Beide hatten eine Schwäche für dramatische Szenen, sie liebten Publicity, und Bonnie schickte sogar schlechte selbstgeschriebene Gedichte über die Mär von Bonnie und Clyde an die Zeitungen. Auch ihr Ende ist berühmt: von 167 Kugeln getroffen in ihrem legendären Ford V-8. Die Polizisten, die den beiden die Falle gestellt und sie durchlöchert hatten, schleppten den Wagen mit beiden Leichen bis in die Stadt Arcadia, als Spektakel für alle am Wegesrand. Dort wurden die Leichen aufgebahrt und zur Schau gestellt. Bonnie Parkers Grabstein ziert ein Spruch, der sich nur mit viel Phantasie auf ihr Leben anwenden läßt: »As the flowers are all made sweeter by the sunshine and the dew, so this old world is made brighter by the lives of folks like you« (»So wie alle Blumen durch Sonne und Tau süßer werden, so wird diese alte Welt strahlender durch das Leben von Leuten wie dir«) (zit. n. Helmer 1998, 216; Übersetzung: F.R.).

Eine weitere weibliche Berühmtheit der US-amerikanischen Gangstergeschichte ist Arizon Donnie Clark alias Kate »Ma« Barker. Sie war die Mutter von vier Söhnen, die es in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren allesamt zu einiger Berühmtheit als professionelle Kriminelle gebracht hatten. Ma Barker starb an der Seite ihres Sohns Fred im Kugelhagel bei einem Feuergefecht mit dem FBI. Der Kriminal-Psychologe Hans von Hentig (1954) stilisierte sie gar zum »Michael Kohlhaas in Unterröcken«, doch ob sie tatsächlich das Oberhaupt der Barker-Karpis-Gang war, bei Raubüberfällen auskundschaftete und Schmiere stand, ist mehr als fraglich. Es wird kolportiert, sie sei eine geistig eher unterbelichtete Frau gewesen, die zu ihren Söhnen hielt, weil das eben Familie war, und die alle Vorwürfe gegen ihre Jungs als infame Lügen abtat. »Die alte Frau konnte nicht mal ein Frühstück planen«, soll Harvey Bailey, ein Mitglied der Bande, gesagt haben. »Wenn wir uns hinsetzten und einen Bank-Job planten, ging sie ins andere Zimmer und hörte Amos und Andy oder Hillbilly Musik im Radio« (Helmer 1998, 138). Doch als das FBI feststellen mußte, daß es eine ältere Frau erschossen hatte, kam es wohl unter Rechtfertigungsdruck. Schnell sei die Legende in die Welt gesetzt worden, Ma Barker sei skrupellos, berechnend, kurz, sie sei der eigentliche Kopf der Bande gewesen und mit dem Gewehr in der Hand gestorben.

Die Zeiten der alten Gangster-Gangs mögen vorbei sein, doch die der Bankräuberinnen fangen vielleicht jetzt erst richtig an. Zwischen 1996 und 1997 stieg die Zahl der Banküberfälle in den USA allgemein drastisch an, und dieser Trend gilt auch für die Räuberinnen: »In der Tradition von Bonnie

Parker erscheinen mehr Frauen auf der Bildfläche. Eine einzeln auftretende Räuberin terrorisierte Ende 1996 Banken in Marin County, Kalifornien. Im vergangenen Monat wurde ein vierzehnjähriges Mädchen von einer Bankkamera aufgenommen, das gerade von der Schule suspendiert war. Sie behauptete eine Waffe zu haben und befahl den Bankangestellten: ›Just do it‹« (Time Magazine, 31.3.1997; Übersetzung: F.R.).

Vamp – zarte Geliebte – Mannweib

In der Bundesrepublik beginnt die Geschichte der berühmten Bankräuberinnen erst in den sechziger Jahren mit Gisela W. In drei Jahren ›machte‹ sie mit ihren Komplizen insgesamt 19 Banken; im Zeitraum von 1965 bis 1968 erbeuteten die vier rund 400.000 Mark – das war zu dieser Zeit ein Nachkriegsrekord. Schon ihr erster Banküberfall heizte die Fantasien von Zeitschriften und LeserInnen an. Die Presse fand für sie bald den bewundernden Titel »Bank-Lady«. In Bild erschien sogar eine Karikaturenserie, die die Bank-Lady als attraktive Frau mit langen Beinen, Stöckelschuhen und Lippenstift zur feschen Heldin stilisierte. Seitdem ist »Bank-Lady« ein geflügeltes Wort, wenn Frauen sich nicht mit dem Auszahlungsvordruck, sondern mit der Waffe Geld besorgen. Eine vierzehnjährige, die mit ihrem Kumpel eine Bank überfiel, soll laut Bild (2.8.1990) sogar gesagt haben: »Ich bin die jüngste Banklady – woll'n Sie'n Autogramm?«
Die erste Bank-Lady fand schon während ihrer erfolgreichen Phase Nachahmerinnen: Der Stern berichtete über eine ganze Reihe von Pärchen, aber auch von Frauen ohne Begleitung, und er tat dies mit sichtlichem Vergnügen: »Am 4. Februar 1967 bereitete Birgit S. (19), die ihr Leben eigentlich der Freude gewidmet hatte, dem Kassenwart der Bank in Zeven Kummer, indem sie ihm 3.000 Mark raubte. Sie entkam im Schutze ihrer langen, schwarzen Haare in der Dunkelheit, aber Rivalinnen, deren Strich sie auf St. Pauli kreuzte, verpfiffen sie der Polizei« (Stern, 19.1.1969).
Von Kriminologen werden die wenigen Frauen, die Banken überfallen, schlichtweg ignoriert. Für Császár beispielsweise ist der Fall klar: Frauen sind für Banküberfälle in der Regel psychisch ungeeignet. Er berichtet über die von ihm untersuchte Gruppe: »Der einzige von einer Frau allein verübte Raubüberfall ist nach der Schüchternheit seiner Durchführung und der Bitte der gestellten Räuberin, sie als Frau doch laufen zu lassen, keine Ausnahme von der Regel, daß Frauen zur Begehung von Vermögensdelikten, die Gewaltanwendung gegen die Person erfordern, im allgemeinen noch nicht die nötige Mentalität mitbringen« (Császár 1975, 62).
Für die Medien sind die Räuberinnen hingegen ein gefundenes Fressen. Sie schlachten das seltene Ereignis hingebungsvoll aus, und sie versuchen, das Unfaßliche mit Sinn zu füllen und durch ihre Interpretationen in den Rahmen gesellschaftlich akzeptierter Weiblichkeit hineinzupressen. Das galt vor allem für besagte Gisela W., die bis heute berühmteste bundesrepublikanische Bankräuberin: Sie löste in der Presse regelrechte erotische Ausnahmezustände aus. Wenn eine Frau im Spiel ist, mutiert der Bankraub zum sexuellen Akt, sogar ein typisches Bankraubutensil wie der Handschuh wird – wenn Gisela W. ihn überstreift – als Sex-Accessoir beschrieben, mit Worten, die normalerweise für Kondome herhalten müssen: »Es war immer ein erregender Augenblick, wenn Gisela W. ihre dünnen Lederhandschuhe anzog, die so weich waren und so gefühlsecht«, fantasiert Balthasar Berg in einem Stern-Artikel: Auch die Tatsache, daß Gisela W. ihre Requisiten für die Überfälle im Schlafzimmer versteckte und gemeinsam mit ihrem Geliebten auf Beutezug ging, ist in den Augen des Stern eine besondere Erwähnung wert. Das Blatt geht sogar so weit, den gesamten Überfall als Teil einer Beischlaf-Szene mit ihrem Komplizen Peter W. zu interpretieren: »Jeder Überfall mit seinem prickelnden Drumherum war für Gisela wie ein unerhört raffiniertes Vorspiel, das unausweichlich in ihrem französischen Bett enden mußte« (Stern, 15.12.1968).
Der männliche Autor des »großen Verbrecher-Lexikons« beschreibt eine andere Bankräuberin, Margit Czenki, ebenfalls mit einem Vokabular, daß einem schlüpfrigen Groschenroman entliehen scheint: »Mit einem Trommelrevolver bewaffnet stand die blonde Frau mit den besonders betonten Backenknochen und ihrem weißen Knautschlackmantel auf dem Tresen und beschattete die Bankangestellten, während Kuhn das Geld einsackte, Otto die Bankkunden in Schach hielt und Heißler draußen im Fluchtauto wartete« (Sinn 1984, 199f.).
Margit Czenki hatte im Jahr 1971 zusammen mit drei anderen eine Zweigstelle der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München überfallen und wurde bald darauf gefaßt.
Das Medien-Bild der Räuberin changiert zwischen Vamp und zarter Frauenseele. Die Bank-Lady Gisela W. wurde nicht zuletzt auch für ihren angeblich besonders femininen Stil beim Rauben berühmt. Auf einige Schalterangestellte wirkte sie wie eine Erscheinung, und alle waren sich darüber einig, daß sie eine besonders höfliche Art hatte, die Banken um Geld zu erleichtern. In der Darstellung des Stern war sie ebenso Lady wie fürsorgliche, gefühlvolle Geliebte für ihren Komplizen Peter W.: »Das war es: sie liebte ihn bedingungslos, ohne Maß und ohne Grenzen ... Das spezielle Können der Bank-Lady kam erst im Augenblick der Tat voll zur Geltung, denn ihre Qualitäten hatten die Wurzeln in starken Gefühlen: Vertrauen zu dem Geliebten, Entschlossenheit und unbeirrbarer Mut.«
Sexbesessener Vamp und Liebende – beide Stereotype müssen als Erklärung für das Unfaßliche herhalten: Daß es Frauen gibt, die sich doppelt nicht an die Spielregeln halten, weder an die des Staates noch an die ihres Geschlechts. Kein Wunder, daß auch eine dritte Erklärung immer wieder auftaucht, wenn es um raubende Frauen geht: Sie sind gar keine – oder zumindest keine richtigen. So wurde auch über Gisela W. kolportiert: »Nur eines stimmte nicht: Das Mädchen, das einmal die Bank-Lady werden sollte, wollte partout keine Frau werden. Sie war nett und lieb, und jeder mochte sie, aber ihre ganze Art war burschikos und jungenhaft salopp. Sie mußte achtzehn Jahre alt werden, bis bei ihr endlich eine Entwicklung spürbar wurde, die bei ihren Freundinnen schon mit dreizehn oder vierzehn Jahren eingetreten war. Sie mochte auch keine Männer. Sie war freundlich zu ihnen, aber sie hielt sie sich vom Halse« (Stern, 15.12.1968).
Aus ähnlichen Gründen hielt sich wohl auch das Gerücht, daß Bonnie Parker Zigarren rauchte; es wurde immer wieder in der Presse aufgewärmt. Die Verbrecherin mit der dicken Havanna im Mund – der »männlichsten« Rauchware schlechthin – paßt eben zu gut ins Medienbild des kriminellen Mannweibs. Das war offensichtlich auch Bonnie selbst klar. Sie war eitel genug, die Geschichte aufs Heftigste zu dementieren – das Foto, auf dem sie eine Zigarre hielt, sei nur ein Witz gewesen (Helmer 1998, 214).
Ins Muster der unweiblichen, somit abnormalen Räuberin paßt auch die Vermutung von Hans von Hentig, berühmte Verbrecherinnen seien machtgierig und hätten keinerlei Respekt vor Männern. Er sinnierte 1954 in einer Studie mit dem Titel »Der Gangster«: »Es gibt auch eine kleine Gruppe Frauen, die an Gewalt Gefallen finden. Es sind die Heroinen, die, wie Bonnie Parker, Zigarren rauchen, kommandieren, Männer gefügig sehen wollen. Sie haben früh die Illusion des ›stärkeren‹ Geschlechts verloren. Als Kellnerinnen sind ihnen die Augen aufgegangen. Weil sie zumeist im Kampf erschossen und danach verscharrt werden, ist unsere Kenntnis dieser Typen mager. Sie haben ein eigentümlich vertrautes Verhältnis zur Schußwaffe und zum Machtgefühl, das sie verleiht« (von Hentig 1954, 66).
Wo Hentig befremdet-faszinierte Vermutungen anstellt, vermag Oswalt Kolle den Zusammenhang mit gesellschaftlichen und geschlechterkulturellen Zuschreibungen mittels Sexualisierung des Handelns der Bankräuberinnen aufzuzeigen. Ursprünglich war er durch seine Bücher und Filme zum Thema sexuelle Aufklärung berühmt geworden. 1973 veröffentlichte er in der Frauenzeitschrift Jasmin einen Artikel über die bereits erwähnte Margit Czenki, die 1971 als Anführerin von drei jungen Männern eine Bank überfallen hatte. Über die Umstände ihrer Festnahme schreibt er: »Kriminalrat Georg Schmidt sagte: ›Sie war nackt, wie Gott sie schuf.‹ Von einem nackten Mann hätte er

vermutlich nüchtern gesagt, er sei unbekleidet gewesen. Aber ›nackt, wie Gott sie schuf‹, das klingt halt bei einer Frau aufregend, das ist sexy. So wird die Frau, ... die das Geld ›im Interesse der Lohnabhängigen verwertet hat‹ (Margit Czenki vor Gericht) noch in dieser bitteren Stunde der totalen Niederlage abgewertet, als Sexualobjekt, eben ›nur eine Frau‹.« Kolle sah ihren Bankraub als Versuch, »sich der Fesseln zu entledigen, die Frauen in unserer Gesellschaft immer noch tragen«.

Pleiten, Pech und Pannen

Ein Blickwinkel, der versucht, den jeweiligen Gründen der Frauen gerecht zu werden, ist die Ausnahme. In den meisten Fällen entwerfen Journalisten und Wissenschaftler Fantasiebilder von den Räuberinnen. Doch nicht erst auf dem Papier, auch bereits beim Überfall selbst müssen Frauen damit rechnen, von den Bankangestellten und Kunden ganz anders wahrgenommen zu werden als ihre männlichen Kollegen. Sie haben es aufgrund der geschlechtskulturellen Zuschreibungen von Schwäche und Unprofessionalität besonders schwer, gefährlich und entschieden zu wirken.

Die Salzburger Nachrichten 12.8.1999: »Einen Zettel mit den Worten ›GELD HER ODER ICH SCHIESSE‹ hatte sie vorbereitet. Doch den verwendete sie nicht. Kapuze tief ins Gesicht gezogen und Sonnenbrille vor den Augen, forderte sie die Kassiererin auf, ihr Geld zu geben.« Bei der Flucht wurde ihr jedoch zum Verhängnis, das ein Bankkunde vor ihr weitaus weniger Respekt hatte, als es wohl bei einem männlichen Bankräuber der Fall gewesen wäre: »Ihr knapp auf den Fersen: ein Passant, den die Kassiererin gebeten hatte, die Frau nicht aus den Augen zu verlieren, weil sie etwas mit dem Überfall ›zu tun‹ habe. Am Franz-Josef-Kai meldete sich der 50jährige Salzburger schließlich bei einem Polizisten. Silvia C. ebenfalls. Sie gab an, sie werde von jenem Mann verfolgt und belästigt. Beide wurden in den Streifenwagen verfrachtet.« Über die »Näherin Sylvia K. (26)« machten sich Medien wie Bankangestgellte richtiggehend lustig. Die Süddeutsche Zeitung bezeichnet sie als »harmloseste Bankräuberin der Münchner Kriminalgeschichte«: Sie »wirkte bei ihrem ›Überfall‹ auf die Commerzbank-Filiale gegenüber dem Strafjustizzentrum trotz Gaspistole und Küchenmesser so wenig furchterregend, daß eine der Angestellten sie mit ›komischer Vogel‹ ansprach« (Süddeutsche Zeitung, 10.1.1986).

Doch Frauen haben es nicht nur schwerer, als Räuberinnen ernst genommen zu werden. Das Bild der schwachen Frau wirkt auch auf ihr Selbstbild zurück. Häufig trauen sie auch sich selbst nicht genug zu, machen fatale Fehler. Eine Räuberin hatte sich beispielsweise beim Überfall mit Hartgeld abspeisen lassen und war noch in der Bank überwältigt worden. Eine 71jährige ließ sich ebenfalls Münzgeld geben. Das war im Vergleich zu Scheinen nicht nur sehr wenig wert, sondern auch schwerer, als sie tragen konnte: »Die Flucht mit der schweren Beute wurde jedoch von einem Hexenschuß vereitelt. Die Rentnerin wurde verhaftet« (Neue Mittelland Zeitung, 15.7.1999). Eine andere Seniorin hatte den Eindruck, den ihre Waffe auf den Banker machen würde, deutlich überschätzt: »›Überfall, Geld her‹, schrie sie. Aber der Bankchef, Hubert L., mußte sich mit aller Gewalt das Lachen verbeißen: Die Frau hatte nämlich eine ›geladene‹ Stöpsel-Pistole im Anschlag!« (Münchner Abendzeitung, 18.12.1984). Andere bekommen schon während der Tat Angst vor der eigenen Courage; über eine 53jährige schreibt die Neue Westfälische (21.4.1999): »Die Frau setzte sich zunächst in ihr Fluchtfahrzeug, sie kam dann aber zurück und warf das erbeutete Geld auf den Boden. Danach stieg sie in ihr Auto und fuhr davon. Knapp eine Stunde später kehrte die Frau zur Bank zurück und stellte sich der Polizei«. Pannen und Panikreaktionen kommen allerdings auch bei vielen Männern vor – die dummen, witzigen, unentschiedenen Überfälle, die auf das Konto von Männern gehen, könnten ganze Bände füllen. Bei den meisten Banküberfällen handelt es sich eben nicht um die Tat von coolen Profis, sondern sie werden spontan ausgeführt und zumeist auch nur spärlich geplant.

Karitativ in Familie, Gesellschaft und bei Geldbeschaffung

Die häufigsten Gründe, die Männer für ihre Tat angeben, sind Schulden: »Der eine brauchts, um auf diesem Wege seinen Konsum an Betäubungsmitteln zu decken. Die anderen sind erheblich überschuldet und wissen deshalb nicht mehr ein noch aus. Das sind eigentlich die beiden großen Gruppen«, so ein Kriminalhauptkommissar in einem Zeitungsinterview (taz, 5.8.1989). Diese Gründe finden sich selbstredend auch bei Frauen: »Schulden in Millionenhöhe, die sie im Pokercasino im Airportcenter machte, sollen jene 48jährige Frühpensionistin zum Bankraub getrieben haben« (Salzburger Nachrichten, 12.8.1999). Ungeachtet dessen findet die Presse bei Frauen ganz andere Gründe als bei ihren männlichen Kollegen – zum Beispiel den Wunsch, für andere zu rauben. »Aus Liebe den Tresor geplündert – eine 29jährige Bankangestellte griff sich 750.000 Mark für ein Leben mit ihrem Freund aus Jamaica«, titelt die Berliner Zeitung (10.2.1998). In der Urteilsbegründung befindet der Vorsitzende Richter Laeger: »Die Liebe hat sie blind gemacht.« Hier muß einmal mehr das Klischee der gefühlsbetonten Frau herhalten.

Die meisten Bankräuberinnen werden in der Presse als Hausfrauen und vor allen Dingen als Mütter geschildert: »Schulden, Wucherzinsen, Unfall – das war zuviel. Verzweifelte Mutter beraubte Bank« (Hamburger Abendblatt, 27.12.1985); »Banküberfall im 9. Monat – Ich wollte eine größere Wohnung für unser Kind« (Aktuell, 19.4.1996); »Die Hausfrau, die eine Sparkasse ausraubte: Puschelohr, Mami ist wieder frei« (Bild, 22.12.1984). Ein gefundenes Fressen ist es, wenn die Kinder mit zur Bank genommen werden. »Während des Überfalls saßen die Kinder im Auto«, schreibt die Nürnberger Zeitung (10.9.1999) in der Kopfzeile ihres Artikel über eine 29jährige Bankräuberin. »Ihr vierjähriges Töchterchen wartete draußen im geparkten Auto, als die Hamburgerin Cornelia M. (26) die Filiale einer Bank in Bad Lauterberg betrat«, beginnt ein Bankraubartikel des Hamburger Abendblatts (27.12.1985).

Überschuldung, das Gefühl der Auswegslosigkeit bringt bestimmt weitaus häufiger Familienväter als -Mütter auf die Idee, durch Abheben der besonderen Art wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen. Doch ihnen wird der Familienbonus nicht zuteil. Zwar sind Frauen bei der Ausführung des Bankraubs deutlich benachteiligt und müssen schon eine Menge Professionalität mitbringen, um ernst genommen zu werden. Bei der Verurteilung haben sie jedoch immer wieder die Chance, mit einer vergleichsweise milden Strafe davonzukommen; die Vorstellung der Mutter, die sich schützend vor ihre Kleinen stellt und bis zum Äußersten kämpft, erweicht die Herzen der Richter und Staatsanwälte. So auch im Fall der Mutter zweier Kinder, die sich die Spielzeugpistole ihres Sohnes schnappte, weil die Haushaltskasse leer war, und gerade einmal 1.400 Mark erbeutete. Der Vorsitzende der Strafkammer befand, die Angeklagte »habe einen ›schwachsinnigen Banküberfall‹ begangen, um ihrer Familie ein Wiedersehen mit den Verwandten in Griechenland zu ermöglichen« (Nürnberger Zeitung, 10.9.1999).

Eine genauere Sichtung der meisten Fälle führt zu dem Schluß, daß die größten Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Räubern darin bestehen, wie ihre männlich dominierte Umwelt sie wahrnimmt, sowohl beim Überfall selbst als auch in der Darstellung der Medien.

Das Erklärungsmodell Hilfsbereitschaft, das eng mit dem der Mütterlichkeit verknüpft ist, wird dann in der Presse aktiviert, wenn der direkte Mutterbonus nicht mehr anwendbar ist. Für die Medien ist der Weg von der karitativen Tätigkeit zum Bankraub bei Frauen besonders schnell zurückgelegt: Aus Hilfsbereitschaft verübte eine Einundsiebzigjährige einen Verzweiflungs-Bankraub. In Grevenbroich überfiel sie eine Sparkasse. Weil sie die Freundin ihres Sohnes vom Selbstmord abhalten wollte, aber nicht einmal die Fahrkarte zu den beiden bezahlen konnte, sah sie nur einen Ausweg: »›Überfall! Keine Triks. Schieze‹, kritzelte sie in aller Eile auf einen Zettel«, so die Neue Mittelland Zeitung, 15.7.1997.

Allerdings sind die karitativen Motive der

Frauen nicht ausschließlich ein Medienkonstrukt. Schließlich teilen die Frauen selbst ja die gesellschaftlichen Vorstellungen davon, wie sich eine Frau zu verhalten hat, wie sie fühlen und handeln muß, um ihrem Geschlecht gerecht zu werden. Denn Konzepte von Weiblichkeit sind nicht nur von außen auferlegte Zuschreibungen, sie werden im Lauf des Lebens verinnerlicht und prägen auch das Selbstbild von Frauen.
Und doch: Wenn Gisela W. noch dreißig Jahre nach ihrer Bankräuberinnenzeit vom luxuriösen und sorglosen Leben erzählt, das sie sich mit dem geraubten Geld ermöglichte, wird einmal mehr klar: Die Gründe, aus denen die jeweiligen Frauen rauben, haben nur sehr wenig mit den stereotypen Erklärungsversuchen zu tun, mit denen die Medien versuchen, das Phänomen in den Griff zu bekommen (Der geplatzte Traum 1999).

Politisches Exempel Frauenpower

Das Erklärungsmodell der uneigennützigen Tat wird auch bei den Frauen herangezogen, die sich aus politischen Gründen für einen Bankraub entscheiden. Margit Czenki dachte beispielsweise laut Kolle schon in ihrer Schulzeit über die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft nach: »›In unserer Klasse gibt es zwei Gruppen. Die reichen Mädchen und die armen. Die armen sind immer die Doofen. Sie trauen sich nichts zu, sie können sich nicht durchsetzen. Und deshalb bleiben sie auch immer doof.‹ Sechzehn Jahre später steht sie vor der Bankfiliale. Zwei Minuten vor dem Countdown ist Margit Czenki entschlossen, eine andere Verteilung des Geldes vorzunehmen. Sie will den Klassenkampf in die Schalterhallen der reichen Banken hineintragen – und die Beute ›im Interesse der Lohnabhängigen verwerten‹. So wird sie später auch vor Gericht immer wieder aussagen, ohne Bedauern, ohne Reue, bis zur letzten Minute stolz auf ihre Tat« (Kolle in Jasmin). Doch Kolles Interpretation blieb die Ausnahme; die meisten Artikel stellten ihr soziales Engagement und ihre Kinderliebe in den Mittelpunkt.
Für das Thema Frauen und Bankraub sind auch Rote Armee Fraktion (RAF) und Bewegung 2. Juni nicht unwichtig (-> Viehmann/Notgroschen der Revolution). Beide Gruppen ›organisierten‹ Geld für ihre Aktionen, indem sie Banken erleichterten, und in beiden waren Frauen selbstverständlich mit von der Partie. Einen Überfall auf eine Bochumer Bank führten drei RAF-Frauen 1979 ganz ohne ihre männlichen Genossen aus. Feministische Überlegungen waren bei der RAF normalerweise kein Thema; im bewaffneten Kampf, so ihre Überzeugung, war das diskrimierende Geschlechterverhältnis ohnehin aufgehoben – um so vielsagender, daß die Frauen gerade beim Banküberfall ein Exempel für Frauenpower statuierten.
Warum sich so viele Frauen dem bewaffneten Kampf anschlossen, blieb für Psychologen, Kriminologen, JournalistInnen ein Rätsel. Der Soziologe Erwin K. Scheuch konstatierte einen »Bruch mit der abgelehnten Weiblichkeit« (Spiegel 20/1981) – einmal mehr ein hilfloser Versuch, die Frauen für ihre unglaublichen Taten einfach zu entweiblichen. Der Kriminologe Wolf Middendorf klammert sich an seinen humanistischen Zitatenschatz und behauptet mit Goethe: »Da werden Weiber zu Hyänen und treiben mit Entsetzen Scherz, noch zuckend, mit des Panthers Zähnen zerreißen sie des Feindes Herz ...« (Spiegel 20/1981). Die Rechtsanwältin und Psychologin Margarete Fabricius-Brand glaubte, »daß die Terroristinnen Selbstbeschränkung, Selbstverleugnung und Selbstaufgabe in radikalster Form betreiben« und sie sich somit, wenn auch übertrieben, konsequent fraulich verhalten (Spiegel 20/1981). Um das Unglaublich glaubwürdig zu erklären, wird gerade bei den Frauen der Stadtguerilla einmal mehr das besondere weibliche Maß angelegt, das alles, was sie tun, ein bißchen verkleinert: Was bei den Männern bedingungslose politische Überzeugung ist, wird bei den Frauen zur fehlgeleiteten Nächstenliebe, was bei Männern als harte, kämpferische Disziplin interpretiert wird, ist bei ihren Genossinnen



übertrieben feminine Anpassungsfähigkeit.
Für alle raubenden Frauen gilt gleichermaßen: Was nicht sein kann, weil es nicht sein darf, wird glaubhaft gemacht, indem es in den üblichen Kanon weiblicher Verhaltensmuster eingepaßt wird: durch Sexualisierung – sei es als Vamp oder im anderen Extrem als Mannweib, durch Lächerlichmachen, was einer Abwertung gleichkommt, und durch Karitatisierung d.h. durch eine Interpretation der Tat als Akt weiblicher Fürsorglichkeit. Und doch bleibt ein letzter Rest Faszination und Unbehagen in allen Erklärungsversuchen zurück. Denn wie man es auch auslegt und mit gängigen Stereotypen ummantelt, es bleibt der Fakt: Frauen tun's auch.

Bank-Rapping

Coole Frauen mit dem Revolver in der Hand, fehlgeleitete weibliche Robin Hoods, Outlaws ohne femininen Touch oder raubende Vamps – Bild von Bankräuberinnen haben entweder eine romantische Färbung, oder sie liefern eine dramatische Geschichte über Auflehnung und Grenzüberschreitungen. Kein Wunder, daß bankräubernde Frauen eine besondere Faszination auf Regisseure und Filmemacherinnen ausüben. Die Frau mit der Waffe vor dem Schalter ist Stoff und Staffage für eine ganze Reihe von Filmen: John Waters, der für seinen Kult des Widerlichen, Extremen und Freakigen berüchtigt ist, verpflichtete Patty Hearst für zwei seiner Filme. Margarete von Trotta nahm die Geschichte von Margit Czenki als Vorlage für den Film »Das zweite Erwachen der Christa Klages«. Und Margit Czenki erzählt ihre Geschichte selbst in ihrem ersten Spielfilm »Komplizinnen«.
Kinofilmen wird inzwischen eine Frauen inspirierende Wirkung zugeschrieben, bis hin zur Entscheidung, nicht mehr auf den Lottogewinn zu warten. Auch das Time Magazin (31.3.1997) befürchtete in dem Kinofilm »Set it Off« mit der Rapperin Queen Latifah ein mögliches Vorbild. Dort versuchen vier schwarze Frauen, trotz aller Ungerechtigkeiten und Sorgen, das Beste aus ihrer Situation zu machen. Als alles nicht gelingt, beschließen sie, ihr Recht auf ein halbwegs anständiges Leben nun selber durchsetzen. Das geht nur mit dem Geld aus einer Bank. Der Film hat wahrlich kein Happy-End, nur eine kommt am Ende davon. Der direkten Weg von der Leinwand in die Gehirne und hin zur eigenen Tat ist ein bis zum Überdruß strapaziertes Argument, und es erklärt bekanntermaßen nichts (Schönberger/Roller/Zaiser 1994). Aber die Filme über den Traum vom schnellen, wilden, unerschrockenen Weg aus dem Elend zeigen immerhin Frauen, die ihr schlechtes Leben nicht mehr ertragen wollen und ihre Sache selbst in die Hand nehmen.

Quellen und Literatur

Császár, Franz: Der Überfall auf Geldinstitute. Wien u.a. 1975.
Helmer, William J.: Public Enemies: America's Criminal Past, 1919-1940. New York 1998.
Hentig, Hans von: Zur Psychologie der Einzeldelikte. Bd. I: Diebstahl, Einbruch, Raub. Tübingen 1954.
Schönberger, Klaus/Roller, Franziska/Zaiser, Michael: Kritik der Medienkritik. Rassismus & Gewalt – Fernsehen und Videotapes. In: autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe/mittlerer neckar (Hg.): Medienrandale. Rassismus und Antirassismus – Die Macht der Medien und die Ohnmacht der Linken. Grafenau 1994, S. 107-143.
Sinn, Dieter: Das große Verbrecher-Lexikon. Herrsching 1984.
Film: Der geplatzte Traum: Die Banklady. Autor: Martin Niggeschmidt. Süddeutsche TV/Vox, 30.8.1999.





UMZUGS KOLLEKTIV





KETZER
CAFE & BAR
JULIUSSTRASSE 29A
22769 HAMBURG
PHONE 4398014



Schanzenstern
ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS
Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de
RESTAURANT / CAFE
überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau
Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof
Hausgemachte Vollwertkuchen
täglich wechselnd Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags Frühstücksbüffet kalt / warm
Mo 18⁰⁰ -1⁰⁰ Uhr
Di-Sa 10³⁰ -1⁰⁰ Uhr
So 11⁰⁰ -1⁰⁰ Uhr
UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN
ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern

Rote Flora 10/2000

Montag	02.10.	21:00 Uhr	Navaho-traditionelle Tänze+Punkband
Dienstag	03.10.	18-23 Uhr	Dubcafé Roots Commandment
		21:00 Uhr	Konzert im Keller: **Umbrella** (Punk à la Ramones)
Samstag	07.10.	22:00 Uhr	**SAMBODROMO DANCE NIGHT** (Sambakonzert/Dj´s/Tango) **hall**: Sambodromo (14 people brasil percussion,vox,git,sax +flute) playing songs from Olodun,Ile Aiye, Dudu Tuci and own compositions. **aftershow**: 2 members of Sambodromo playing samba and big beats from the turntables. **first floor**:Tango Bar - Coctails and Tangodance
Sonntag	08.10.	18-22 Uhr	Drumcircle - für alle offen, die Spaß am Trommeln haben. Instrumente bitte mitbringen
Dienstag	10.10.	18-23 Uhr	Dubcafé Weed acoustix
		22:00 Uhr	Konzert:**Submission hold** (Kanada)+**you killed me first**
Freitag	13.10.	21:00 Uhr	Vollmond Orchester
Samstag	14.10.	23:00 Uhr	**dunkelbunt 7** drum and bass all in ya face
Dienstag	17.10.	18-23 Uhr	Dubcafé Ire Hifi
Donnerstag	19.10.	21:00 Uhr	Surfpunkkonzert:**Travoltas** (NL) und Gäste
Freitag	20.10.	23:00 Uhr	**Dubcafé Allstars Party**...the nicest in dancehall ragga & rootsreggae
Samstag	21.10.	23:00 Uhr	**Shanty Town**Soundsystem meets **Junior Vibes** (Jamaica)
Dienstag	24.10.	18-23Uhr	Dubcafé Ital-Acoustic
Donnerstag	26.10.	21:00 Uhr	Konzert: **Dystopia/corrupted**
Freitag	27.10.	22:00 Uhr	Endkrass fette **Reggaenight** mit: Ire Hifi*Kangaroots*Kingstep Hifi*Weed Acoustix*Roots Commandment* I-Livity*Crucial Vibes*A-Team*Black Famous Sound*Ital-Acoustic* Hammerheart*Schlump Vibration and many more...
Samstag	28.10.	22:00 Uhr	Die **JUNGLE WORLD** feiert ihren 3.Geburtstag! Drei Jahre, in denen die Wochenzeitung sich ihren Platz auf den Küchentischen der WG´s und in den Debatten der radikalen Linken geschaffen hat. Eine journalistische Innovation, ein Projekt in schwierigen Zeiten mit chronischen finanziellen Engpässen. Es spielen auf: **Tocotronic** und **45 knock out crew** (Block Barley+Roots Commandment)
Dienstag	31.10.	18-23Uhr	Dubcafé

regelmäßige termine:

Montag	Kochsession: veganes essen ab 19 Uhr
Montag	offene Motorradwerkstatt:-schrauben und klönen ab 17 Uhr
Montag & Donnerstag	Archiv der sozialen Bewegungen, Tel.433007; 16-19 Uhr
Dienstag	Dubcafé 18-23 Uhr
Donnerstag	Kochkollektiv: veganes essen ab 19 Uhr
1.Samstag im Monat	Frühstück ab 12 Uhr

AHOI im Hafen, 10/2000 (alle Termine ab 20:00 Uhr)

01.10.	Mellow Sunday: Toutes Directions
05.10.	froher Donnerstagsclub: A-Team
06.10.	Satellite Sounds: Dub, Trip Hop, Drum'n'Bass
07.10.	Trippy Drops Sounds
08.10.	Mellow Sunday: Toutes Directions
12.10.	froher Donnerstagsclub: DJ Elberfeld, Ska, Punk, Ska-punk
15.10.	Mellow Sunday: Toutes Directions
19.10.	froher Donnerstagsclub: Motor St. Pauli
21.10.	Audio Affairs
22.10.	Mellow Sunday: Toutes Directions
26.10.	froher Donnerstagsclub: DJ Doppelhaushaelfte: das Haus poppen
27.10.	Satellite Sounds: Dub, Trip Hop, Drum'n'Bass
29.10.	Mellow Sunday: Toutes Directions

ansonsten: Montags 19:00 Uhr Plenum und mittwochs ab 20:00 Uhr Kneipe